

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Montag den 1. Februar 1909.

20. Jahrg.

## Terror und Spionage in Rußland.

Es wird uns geschrieben:  
Die Zeit ist gekommen, da der Terror auch in Rußland geübt hat, ein revolutionäres Kampfmittel zu sein. Das es, was den Fall Azew so tragisch gestaltet. Wäre die revolutionäre Terror günstig, dann würde er an einer Lockpistole ebenso wenig zugrunde gehen, an der Arbeit der Penker. Aber die Zeiten sind eben anders geworden und gewähren keinen Spielraum mehr für revolutionären Kampf einzelner gegen einzelne. Auf dem Hauptplatz wo wir gewohnt waren, Lichtgestalten des Idealismus, Helden und Märtyrer zu erblicken, grinsen uns hüben und drüben Polizeifreien entgegen: der Spiegel Azew, der Spiegel Bakai, der erst die revolutionäre Organisation an die Polizei, dann die Polizei an die revolutionäre Organisation hat und jetzt als Hüter des heiligen Feuers des terroristischen Ideals sich gebärdet, und als einziger glaubwürdige Führer der gewesene Chef der Polizei Popuchin! Auch die glorreiche „Narodnaja Wolja“ schloß sich mit einem scheußlichen Verrat; deshalb wird aber von dem revolutionären Charakter angezweifelt. Nicht der polizeuliche Degajew und nicht der abtrünnige Tichamiroff, als der geistige Inspirator der Terroristen und jetzt der des reaktionären Blattes Rußlands, erscheinen uns als Träger jener Bewegung, sondern die Scheljaboff, Awstaja, Michailoff usw. So wird es auch jetzt sein. Denn auch der neue vorrevolutionäre Terrorismus ist nur als politische Erscheinung zu begreifen. Er ist von der Polizei geschaffen worden, wenn er auch in Spionageformen seinen Abschluß gefunden hat.  
Die Sozialdemokratie, die in Rußland an die Stelle der „Narodnaja Wolja“ trat, hat stets den Terror auf das heftigste bekämpft. Aber sicher nicht, weil sie die Lockpistole der Terroristen bekämpfte, weil sie einen neuen politischen Faktor einzuführen hatte — die Waffensaktion des Terroristen. Der Terror stand ihr im Wege. Sie hatte andere Aufgaben zu erfüllen, wußte ganz andere Interessen zu verfolgen, schuf eine andere geistige Richtung. Erforderten die Verhältnisse die Organisation der Arbeitermassen, die politische Demonstration, den Grundton der ganzen Bewegung an. Der Terror dagegen würde die Aufmerksamkeit der Massen von ihrer eigenen Aktion auf die Heldentaten einzelner ablenken, — er war darum unvereinbar mit der Sozialdemokratie.  
Aber wenn der Terror für die Sozialdemokratie nicht geübt werden kann, so ist damit noch nicht gesagt, daß er überhaupt kein Kampfmittel war. Es gibt eben Kampfmittel, die die Sozialdemokratie nicht anwenden kann. Das gilt nicht für Rußland. Die Verurteilung dieser Tatsache hat schon zu politischen Fehlgriffen geführt. Eine politische Partei, die einer bürgerlichen Partei nahe, kann unter Umständen die Sozialdemokratie den größten Schaden zufügen. Ein gutes Beispiel die Junker durch Hofeinflüsse gelang politische Erfolge, woraus sich aber gewiß noch etwas ergibt, daß dieses Kampfmittel auch für die Arbeiterbewegung anwendbar und zweckmäßig sei.  
Der Terror war in Rußland vor allem das Kampfmittel der Intelligenz. Die Sozialdemokratie abte einen großen Aufbruch auf die revolutionäre Jugend der russischen Bourgeoisie, ganz konnte sie sie doch nicht im Banne der Idee des terroristischen Kampfes halten. Sie konnte es nicht verhindern, daß einzelnen bürgerlichen Idealisten der Weg der Revolution der politischen Freiheit durch das Proletariat viel angwieger erschien und daß ihre leidenschaftliche Natur sie immer möglichst energischen Protest gegen die verhasste Herrschaft drängte.  
Daß nun der Terror der politische Ausdruck eines bestimmten sozialen Milieus war, das hielt ihn aufrecht. Seine Wirkung abte er in erster Linie wiederum auf dieses Milieu. Man muß sich den bleiernen Druck vergegenwärtigen, der über Rußland unter Alexander III. lastete, um zu verstehen, wie befreiend die ersten terroristischen Akte der neuen Zeit wirkten. Daß es nun einen Schurken weniger gab, das war nicht die Hauptsache, daß sich jemand fand, der vor Augen der ganzen Welt sein Leben für die Idee der politischen Freiheit einsetzte, das war die Hauptsache. Jeder terroristische Akt war eine politische Kundgebung, die besonders in den Reihen der bürgerlichen Jugend lebendig wirkte. In diesen Reihen der revolutionären Jugend lebendig wirkte. In diesen Reihen der revolutionären Jugend lebendig wirkte. In diesen Reihen der revolutionären Jugend lebendig wirkte.  
Der Terror fand aber auch Bewunderung und Unterstützung in den Kreisen der durchaus soliden und ersten

Bourgeoisie. Der Terror war viel näher dem Herzen der liberalen russischen Bourgeoisie, als die Sozialdemokratie, und zwar gerade deshalb, weil der Terror ein spezifisches Kampfmittel war, bei dem die proletarischen und sonstigen Kampfmittel nicht in Betracht kamen. Daher die großen Finanzmittel, mit denen sie die Sozialisten-Revolutionäre unterstützte. Noch bevor die politische Polizei ihr Geld für terroristische Akte ausgab, wurde der Terror mit dem Gelde der russischen Bourgeoisie großgezogen. Wir haben unsomehr Interesse daran, diese Tatsache hervorzuheben, als die russische Bourgeoisie recht gern ihre revolutionäre Vergangenheit abzuleugnen möchte. Der Terror war keine Einzelercheinung, nicht ein paar Fanatiker, denen die Polizei zu Hilfe kam, haben den Terror geschaffen — sondern der Terror war der politische Protest der bürgerlichen Intelligenz, soweit sie sich nicht dem Proletariat anschloß, und der Bourgeoisie im allgemeinen, soweit sie in Opposition zum Absolutismus trat.  
Daß der Terror Alexander III. sowohl wie Nikolaus II. in Gefangenschaft hielt, ist Tatsache. Daß er die Desorganisation des Staats vermehrte, läßt sich kaum bestreiten. Für diese Desorganisation ist auch die letzte Episode, das Ueber-einandergreifen der polizeulichen Konspiration und der terroristischen Verschwörungen — worauf die Affäre Azew ein so merkwürdiges Schlaglicht warf — ungemein kennzeichnend.  
Die politische Polizei war in Rußland zu einer selbstständigen Macht geworden, die alles in Schrecken hielt. Da die Regierung in der Zeit vor der Revolution sich auf keine soziale Schicht mehr stützen konnte, stützte sie sich auf die politische Polizei, die ihr diente, weil sie bezahlt wurde. Das Wunder, daß die allmächtige politische Polizei nach und nach anfing, auf eigene Faust Politik zu treiben? Sie ging vor allem planmäßig darauf hinaus, die Regierung einzuschränken, um sich selbstständig zu machen. Darum brauchte sie den Terror und unterstützte ihn. Der Gedanke lag auch nahe, diese oder jene Persönlichkeit in den Regierungskreisen wegzuräumen zu lassen, oder wenigstens dem nicht zu wehren, um Befehle zu schaffen, oder eine Hofintrigue, die an einer andern Stelle eingefügt hatte, zu fördern. So vermehrte die Polizei durch diese destruktive Tätigkeit jene anarchischen Zustände, die den Boden für die Revolution vorbereiteten. Und sie konnte selbstverständlich nicht verhindern, daß die Wirkung der von ihr mehr oder weniger gebildeten terroristischen Akte über ihre eigenen Absichten hinausging.  
Es ist charakteristisch für jede vorrevolutionäre Periode, daß alles, was die Regierung unternimmt, sich zum Sturz der Regierung wendet. Darum ist uns der Fall Azew so wertvoll. Daß die Polizei mit allen Mitteln der Verführung der revolutionären Bewegung Herr zu werden sucht und sich in die Parteien einschleicht, das ist nicht neu; daß aber die Polizei die Regierungsgewalt untergräbt, die zu schützen sie in erster Linie berufen ist, das ist eine Tatsache, die die russische Sozialdemokratie sicher recht wirksam als Kampfmittel gegen die politische Polizei und zur Kritik des Absolutismus wird ausnutzen können.  
Der Terror war in Rußland eine politische Bewegung, die eine gewisse revolutionäre Wirkung hatte. Daß wir ihn bekämpften, darf uns nicht hindern, die geschichtliche Tatsache anzuerkennen. Schließlich stand ja der russisch-japanische Krieg auch nicht auf unserem Programm, und doch ist seine revolutionäre Wirkung unverkennbar.  
Nunmehr geht der Terror auch in Rußland seinem Ende entgegen, denn es ist kein politisches Milieu mehr vorhanden, das für ihn empfänglich wäre. Das kam durch die Revolution. Diese hat den Klassencharakter der politischen Kämpfe zum allgemeinen Bewußtsein gebracht. Es gibt keine abstrakte politische Ideologie mehr, für die man sich als solche, ohne soziale Unterlage, begeistern könnte. Wie die politische Freiheit und der Parlamentarismus, so ist auch die Revolution selbst kein ideologischer Selbstzweck mehr. Wer politisch sich betätigt, vertritt die Interessen des Proletariats oder des Bauerntums, oder er will die parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie, und er sucht nach Kampfmitteln, die der sozialen Schicht eigen sind, die er vertritt. Es gibt keinen Platz mehr für die Waffengänge einzelner — nur noch Klassenkämpfe und Gruppenkämpfe. Die Bourgeoisie im besonderen will überhaupt keine revolutionären Taten mehr. Sie befindet sich auch ohne weiteres auf dem Wege zur Macht. Die bürgerliche Intelligenz entsagt den ideologischen, sozialistischen wie revolutionären Träumereien und wendet sich den Geschäften zu.

## Kapitalisten im Zorn.

Der Zentralverband deutscher Industrieller bleibt am Sonnabend im Hotel Adlon, dem luxuriösesten Hotel Berlins, eine Delegiertenversammlung ab, in der sich die Herren Vertreter des Großkapitals zu verschiedenen Tagesfragen aussprechen. Vertreter der Reichsregierung und preussischen Regierung waren reichlich anwesend. Besonders wurde in Enttäuschung wegen der Beschlüsse des Reichstages zur Gewerbe-novelle geredet. Es ist kennzeichnend, welche brutale und agitatorische Sprache diese Gesellschaft sofort führt, sobald nur im allergeringsten die Gesetzgebung für die Arbeiter etwas tut.  
Der uns zugehende Bericht führt aus:  
Herr Regierungsrat Dr. Sartorius sprach über den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Gewerbeordnungsgesetzes. Er legte folgende Resolution vor:  
1. Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller legt entschieden Verwahrung gegen die überführte Beschlussempfehlung über die Sondergesetzgebung vom 22. November 1908 durch Reichstag und Bundesrat ein. Bei den der Regierung und dem Reichstage rechtzeitig bekannt gegebenen Bedenken gegen dieses Gesetz, durch welches namentlich die Textilindustrie in verschiedenen Landes-teilen schwer geschädigt wird, wäre zu erwarten gewesen, daß man vor endgültiger Verabschiedung sich nochmals mit den Interessenten verständigt hätte.  
2. Da durch das bezeichnete Gesetz die bisher zulässige Arbeitszeit für weibliche Arbeiter erheblich gekürzt wird, gewinnt besondere Bedeutung die Befürchtung weiterer Einschränkungen der Arbeitsdauer durch die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren. Will man nicht, wie viele Kreise der Industrie meinen, hierfür überhaupt kein Bedürfnis anerkennen, so muß unbedingt gefordert werden, daß die Herabsetzung der Schulspflicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahre erfolgt. Auch ist bei der Regelung der Schulzeit darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Fortbildungsschulunterricht außerhalb der gewöhnlichen Stunden angelegt wird.  
3. Im übrigen bekämpft die Delegiertenversammlung nochmals die Beschlüsse, die zum Entwurf des Gesetzes betreffend die Abänderung des Gewerbeordnungsgesetzes in der Verlesung vom 13. März 1908 gefaßt sind.  
Regierungsrat Sartorius wies in seinen Ausführungen die Vermutung als unbegründet zurück, die aus Kreisen der Textilindustrie gemacht worden seien, daß der Zentralverband die Interessen der Industrie in dieser Frage nicht genügend gewahrt habe. — In der sehr lebhaften Diskussion führte Direktor Hagemann (Bremen) aus: Im Reichstage seien lediglich parteipolitische Rücksichten maßgebend. Wir müssen uns besser zusammenschließen. Wenn wir nicht unsere Macht den Parteien im Reichstage zeigen, wird man uns noch ganz anders behandeln. (Lebh. Zustimmung.) Für die Spinnerindustrie handelt es sich hierbei um eine Lebensfrage. Es muß in der Gewerbeordnung aufgenommen werden, daß der Stundenplan der Fortbildungsschule nicht in die Arbeitszeit gelegt werden darf. Daß man die Festlegung der Schulzeit der Willkür der Gemeinden anheften will, ist unerhört. (Lebh. Beifall.)  
Herr Kommerzienrat Vogel: Es gibt keine Industrie in der Welt, die arbeitswilliger ist, als die deutsche Industrie in den letzten 25 Jahren gewesen ist. (Stürm. Beifall.) und es gibt keine Regierung, die weniger Entgegenkommen gegenüber der Industrie zeigte, wie die deutsche. (Stürm. Beifall.) Es gibt kein Parlament, das rücksichtsloser gegen Handel und Industrie verfuhr, wie das Parlament des deutschen Reiches. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wenn man bei jeder Kammerlei Enquêtes anstellt und bei einer so tief einschneidenden Frage die beteiligten Kreise nicht einmal hört, so ist das eine Rücksichtlosigkeit der Industrie ohne Gleichen. (Lebh. Beifall.) Ich weiß, daß man mit unserem Reichstage nichts machen kann (Weiterkeit); deshalb aber müssen wir uns klar sein, daß wir uns noch energischer zusammenschließen haben. Auch die wenigen Industriellen, die im Reichstage sitzen, sind ja nicht einmal einig. Wir müssen durch Annahme dieser Resolution der Öffentlichkeit zeigen, daß die deutsche Industrie einig und geschlossen ist. (Stürmischer anhaltender Beifall.) — Herr H. (Hamburg): Diese Bestimmungen über den Fortbildungsschulunterricht müssen die Spinnerindustrie direkt zum Stillstand bringen. Es würde auch das Gegenteil erreicht werden von dem, was die reinen Sozialpolitiker erhoffen, daß nämlich durch die Zufriedenheit geschaffen und der Sozialdemokratie das Wasser abgetrieben werden würde. — Generalsekretär Dr. B. u. S.: Diese überführte Gesetzgebung, dieses unerwartete Vorgehen des Reichstages hat in der Industrie eine schwere Erregung hervorgerufen. (Lebh. Zustimmung.) Redner glaubt aus einigen Stellen in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg zum Arbeitsstammengesetz herauslesen zu können, daß er ebenfalls mit diesem Beschluß des Reichstages nicht einverstanden sei. Ich unterbreite vollkommen die hier erhobenen Vorwürfe gegen die Regierung, aber man muß bedenken, mit welchem Parlament die Regierung zu kämpfen hat und welche Widerstände sie überwinden muß. Wir müssen die Regierungen der Einzelländer veranlassen, mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Industrie zu nehmen und Front zu machen gegen ein rücksichtsloses Vorgehen des Reichstages. (Stürmischer Beifall.)  
Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen. An Stelle des letzten Satzes in Absatz 2 wird folgendes Amendement von Hagemann (Bremen) gefaßt: „Vor allem wird verlangt werden, um eine differenzierende Behandlung der einzelnen Betriebe zu vermeiden, daß im Gewerbegesetz für Arbeiter in Betrieben mit mangelhafter Kraft vorgesehen wird, daß der Fortbildungsschulunterricht außerhalb der ortsüblichen Berufsarbeitzeit angelegt werde.“  
Ferner wurde gegen das Arbeitsstammengesetz und gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer protestiert.  
Der gute Reichstag hat das wahrhaftig nicht verdient, in dieser Art von den Herren Kapitalisten gerüffelt zu werden. Aber die Milklücker verstehen zu schreien, sobald für die Arbeiterschaft nur das geringste getan wird.

Petersburg, 31. Januar. Der ehemalige Chef der Staats-polizei Lopuchin wurde gestern hier verhaftet auf die Entschuldigun-gen, die über die provokatorische Tätigkeit des Polizeichefs Azew gemacht wurden. Lopuchins Verhaftung erregt ungeheure Sensation.

# Die englische Arbeiterpartei.

Von unserem Korrespondenten.

J. a. London, 30. Januar.

Über 400 Delegierte nahmen teil an der neunten Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei zu Portsmouth, die gestern ihre Verhandlungen schloß. Die Mitgliederzahl der Partei ist in dem abgelaufenen Jahre von 1 072 413 auf fast 1 150 000 gewachsen. In dieser Ziffer sind aber die Bergarbeiter mit ihrem mehr als 500 000 Mitgliedern, die ihren Anschluß bereits endgültig beschlossen, aber noch nicht formell durchgeführt haben, nicht mit eingerechnet. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften ist von 181 auf 172 zurückgegangen; dieser Scheinbare Rückgang erklärt sich daraus, daß mehrere der kleineren selbständigen örtlichen Gewerkschaften den großen Gewerkschaftsverbänden beitreten. Die Mitgliederzahl der affiliierten sozialistischen Organisationen ist von 22 267 auf 27 465 gestiegen. Hierunter entfallen auf die Unabhängige Arbeiterpartei (I. P. A.) 25 000 und auf die Fabianische Gesellschaft 2465 Mitglieder. Auch die Arbeiterinnen-Liga ist in diesem Jahre der Partei beigetreten. Die folgende Aufstellung gibt einen Uebersicht von dem Fortschritt in der Mitgliederzahl der Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1900.

1900—01 375 931, 1901—02 469 311, 1902—03 561 150, 1903—04 669 800, 1904—05 800 000, 1905—06 921 000, 1906—07 998 338, 1907 1 072 413, 1908 1 149 296.

Der Bericht der Parteileitung geht auch auf die Beziehungen der Arbeiterpartei zur internationalen sozialistischen Bewegung ein. Die englische Arbeiterpartei hatte in ihrer Liverpooler Jahreskonferenz 1905 beschlossen, sich der internationalen Bewegung anzuschließen. Seitdem zählte die Partei ihren Beitrag an das Internationale Bureau und war auch beim Stuttgarter Internationalen Kongresse vertreten. In Stuttgart wurde die Frage aufgeworfen, ob die Partei, da sie sich nicht offiziell zum Sozialismus bekannte, dem Internationalen Kongresse angehören könne. Die Frage wurde in Stuttgart nicht endgültig entschieden, sondern an das Internationale Bureau zururverwiesen. Das Bureau beschloß in seiner Sitzung vom 12. Oktober 1908 mit der Angelegenheit. Nach einer längeren lebhaften Debatte wurde schließlich die folgende Resolution angenommen, welche vom Genossen Karl Rausky beantwortet worden war:

„In Anbetracht der Grundregeln der Internationalen Kongresse, welche alle Organisationen zulassen, die den proletarischen Klassenkampf und die Notwendigkeit der politischen Aktion anerkennen, erklärt das Internationale Bureau, daß die englische Arbeiterpartei zu den internationalen sozialistischen Kongressen zugelassen ist, weil sie, ohne den Klassenkampf offen anzuerkennen, ihn dennoch in Wirklichkeit führt, und weil ihre Organisation, indem sie von den bürgerlichen Parteien unabhängig ist, auf den Klassenkampf basiert.“

Für diese Resolution stimmten die Vertreter aller Nationen mit Ausnahme eines russischen und eines französischen Delegierten, sowie des Vertreters der englischen S. D. P. Genossen S. M. Hyndman. Der Parteileitungsbericht ist über diesen Beschluß hochzufrieden und erklärt, daß das Recht der englischen Arbeiterpartei als ein Glied der internationalen Arbeiterbewegung nun unabweislich feststeht.

Die Verhandlungen der Jahreskonferenz selbst verliefen ohne die vielfach erwarteten Aufregungen und Sensationen, und jene bürgerlichen Blätter, die bisher von einer bevorstehenden Spaltung abhangten, sind natürlich bitter enttäuscht. Die Konferenz hat aber nichtsdeshalb ein gutes Stück wichtiger Arbeit geleistet. Die Arbeitslosenfrage und die Steuerpolitik wurden am Mittwoch erledigt und die bereits mitgeteilten Resolutionen angenommen. Einige Delegierte erklärten in der Debatte, daß die Arbeitslosigkeit nicht, wie die Schutzgoller behaupten, auf das Freihandelsystem zururzufuhren sei, eine Annäherung an die liberale Partei und beantragten die Weglassung der betreffenden Stelle aus der Resolution; das wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich über die Wahllokalitat der Partei, welche im Laufe des Jahres zu mehreren ersten Konflikten zwischen einigen lokalen Parteioptionen und der Zentral-Parteileitung Anlaß gegeben hatte. Die Konferenz legte schließlich Regeln fest, nach denen sich die Wahllokale der Partei bei künftigen Nachwahlen zu richten haben wird. Von sozialistischer Seite wurden auch diesmal Anstrengungen gemacht, um die Jahreskonferenz zur Feststellung eines definitiven Parteiprogramms zu bewegen; auch diesmal ohne Erfolg. Dies ist gewiß zu bedauern, denn es ist gerade auch der Mangel eines selbständigen Parteiprogramms, welche bei den indifferenten Massen die Erkenntnis erweckt, daß sie es in der Arbeiterpartei mit einer ganz neuen, von anderen Parteien total verschiedenen Macht in der Politik zu tun haben, was den Siegesmar der Partei nur aufhalten kann. Auch der Dramatiker Georg Bernard Shaw, der als der Delegierte der Fabianischen Gesellschaft an der Konferenz erschienen war, sprach zuunehmen eines Parteiprogramms, aber seine paradox-geistreichende Spielerei, welche ihn zum Stehling der intelligenten Bourgeoisie macht, verhehlte ihren Eindruck auf diese erste Arbeiterversammlung vollstandig.

Eine Resolution, welche die Vergelichung aller möglicher Produktionsmittel aber, mit anderen Worten, den Sozialismus fordert, wurde mit 362 000 gegen 313 000 Stimmen angenommen. Eine Resolution des gleichen Sinnes gelangte auch an der vorjährigen Konferenz in Hull zur Annahme, und zwar mit 514 000 gegen 469 000. Eine andere Resolution forderte die Abandlung der Konstitution der Partei in dem Sinne, daß sie sich die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zum Ziele setze; diese Resolution konnte aber aus technischen Gründen nicht zur Verhandlung kommen.

Zu lastigeren Auseinandersetzungen kam es bei der Frage der Abschaffung des „Halbzeiter-systems“ in den Textilfabriken. Eine erst vor kurzem vorgenommene Urabstimmung unter den Mitgliedern der Baumwollarbeiter-Gewerkschaften ergab leider auch jetzt noch eine überwältigende Mehrheit gegen die Abschaffung dieser Form der Kinderarbeit. Die Konferenz der Arbeiterpartei entschied sich schließlich mit 724 000 gegen 309 000 Stimmen für die Abschaffung des Halbzeiter-systems. Andere Resolutionen fordern die freie Bewegung und oyale Behandlung der Schulkinder, die Annullierung des Religionsunterrichts aus der Volksschule und das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter. Eine Resolution protestiert gegen die jetzt gemachten Versuche, die allgemeine Militarobligationspflicht in England einzuführen. Die nächste Jahreskonferenz wird in Newport stattfinden.

# Deutsches Reich.

## Wahlrechtsdemonstrationen.

Berlin, 1. Februar. In verschiedenen großen preussischen Städten wurden gestern von der Arbeiterpartei Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet, so in Mün, Breslau, Kiel, Hannover und Frankfurt a. M. Dabei kam es zwar nirgends zu groeren Zusammenstößen, doch hatten verschiedene Konflikte mit der Polizei Verlegungen und die Verhaftung einzelner Demonstranten zur Folge.

Hannover, 31. Januar. Bei Wahlrechtsdemonstrationen, die heute mittag hier von der Arbeiterpartei veranstaltet wurden, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die von der Masse Gebrauch machte; 20 bis 25 Personen trugen dabei Verlegungen davon.

Ueber den Verlauf der Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt a. M. wird mitgeteilt:

Die Frankfurter Arbeiterpartei demonstrierte am Sonntag vormittag in machtvollen Kundgebungen für ein freies Wahlrecht. Sehr Versammlungen waren auf 11 Uhr einberufen, aber nur eine wurde abgehalten. Um 11 Uhr wurde in 3 Versammlungsorten in verschiedenen Stadtteilen die Lesung ausgegeben, im geschlossenen Zuge nach dem größten zur Verfügung stehenden Lokale, dem Kaufmännischen Vereinshaus, das im Zentrum der Stadt liegt, zu ziehen.

Der Saal im Kaufmännischen Vereinshaus war bald dicht gefüllt. Unerbittlich fandte der Gehang der Marschroute von der Straße her an, daß immer neue Scharen Demonstranten herbeizogen.

Am Schlue einer Ansprache zogen die Demonstranten in zwei Rügen ab, die einen nach rechts, die anderen nach links, um später in der Hauptstraße zusammenzutreffen. Auf der Reize, dem Mittelpunkt der Stadt, trafen sich die Rüge, die die beiden Seiten der breiten Straße einnahmen.

Die Polizei verhielt sich vernahmigerweise passiv. Wohl hatten kamliche Schutzleute Dienst — auch das Militär war konzentriert, aber auf der Straße ließ sich, wenn man von den Kriminalhauptleuten abließ, fast kein Schutzmann sehen, und auch in der Versammlung war keine Ueberwachung. Darum verlief die Demonstration ohne jede Störung. Die 10 000 Wahlrechtsdemonstranten konnten ihrem Unwillen und ihrer Empörung Ausdruck geben, ohne mit dem Polizeihebel in Berahrung zu kommen.

## Staatsberschreitungen.

Die Sommerabstimmung des Reichstags fand ein schnelles Ende. Auf der Tagesordnung standen koloniale Rechnungssachen, die zu heftigen Debatten Anlaß gaben. Das System der Staatsberschreitungen, in allen Zweigen der deutschen Staatsverwaltung heimlich, treibt die tollsten Blüten in der Kolonialverwaltung. Trotzdem wollte die Rechnungs-Kommission resp. ihre blokierende Mehrheit der Regierung wieder einmal Indemnität auf dem Prasentiereller entgegenbringen. Genosse Ullrich müste sich als Berichterstatter der wenig erbaulichen Auslage unterziehen, den Kommissionsantrag zu empfehlen; er ergriff aber sofort in seiner Eigenschaft als Abgeordneter das Wort, um sich energisch gegen den Budgetrat und Budgetred des Reichstags zu wenden und im Namen unserer Fraktion Verweigerung der Indemnität zu beantragen. Es kommt häufig vor, daß Kommissionsberichterstatter in die Lage versetzt werden, formell gegen sich selbst zu polemisieren. Trotzdem entrite sich der Nationalliberale Goerde weitläufig über die Stellungnahme Ullrichs gegen die Kommissionsmehrheit. Dieser Herr Goerde ist ein gerabegut klaffender Vertreter jenes Referenten-Derlehtertums, der nicht zum Nutzen der Gymnasialjugend den alten Schlag des pedantischen, aber meist ehrlich-tätigen Gelehrtentums verdrängt. Außerdem gehört er zu der immer größer werdenden Zahl von Abgeordneten, die aus der Nichtbeachtung im Reichstage in die Spalten des „Scherlischen Tag“ kuckten und ihre selbst in befreundeten Blättern mit verdienter Kritik abgefertigten Reden in behaglicher Breite als Leitartikel wiederkufen. Nicht ohne Selbstgefälligkeit, aber der Sache nach zutreffend, fertigte Erberger vom Zentrum den kolonialpolitischen Oberlehrer und die Selber ab, die ihm auf der Rechten erstanden. Freilich zur klaren Indemnitatsverweigerung schwangen sich die ultramontanen Guter des Budgetredes nicht auf; immerhin aber beantragten sie zururverweisung an die Kommission. Der gute Freisinn ließ sich gar nicht hören. Schließlich machten sich die Nationalliberalen die gewohnheitsmäßige Leere zunutze, die an Sommerabenden zu herrschen pflegt, und bezweifelten die Beschlußfähigkeit. Auf eine Probe ließ es das Bureau erst gar nicht ankommen. Die nationalliberale Fraktion der Schlotbarone schlug so zwei Fliegen mit einer Klappe. Ihrem geliebten Dernburg wurde die Möglichkeit einer Niederlage erspart und die Fortsetzung der Debatte über den Grunderwerbungssteuer wurde auf den Sanft Nimmerleinstag verschoben. Vizepräsident Baasche machte vom dem formell ja nicht zu bestreitenden Rechte bei Beschluunfahigkeit des Hauses die Tagesordnung selbstherrlich festzusetzen, Gebrauch und setzte statt des Reflex der diesmaligen Tagesordnung den Etat der Innern auf die Tagesordnung der nächsten, erst am Donnerstag stattfindenden Sitzung.

## Ranglose Abgeordneten-Immunität.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschlote sich am Sonnabend mit dem sozialdemokratischen Antrage auf Aufhebung der gegen den Abgeordneten Karl Liebknecht erhangten Festungshaft. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat, wie vorausgesehen war, einen Antrag auf Ablehnung eingebracht. Dielem Antrag traten mit Ausnahme der Polen alle bürgerlichen Parteien bei. Bedeutender waren die prinzipiellen Debatte, die sich an unseren Antrag knüpften, den Artikel 84 der Verfassung dahin zu ändern, daß jeder Strafbu eines Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode auf Verlaß des Landtags aufgehoben werden muß. Schließlich mit zur Verhandlung stand ein freistimmiger Antrag, der im wesentlichen auf dieselbe Forderung hinauslief. Diesen Antrag begründete der freistimmige Abgeordnete Tagev in einer, wie anerkannt werden muß, ensprechenden liberalen Rede. Er legte den Hauptwert darauf, daß das Interesse des Parlamentes, keine Mitglieder vollstandig heilbar zu lassen, höher ließe, als das Interesse des Staates an der Ruhe für irgendein politisches Vergehen. Und nur um solche Vergehen kann es sich ja handeln, denn mit Recht ist es Träger die Befreiung aus, daß die Honorarist des Abgeordnetenhauses sich aus Raubmorden und Verbrechen zusammensetzen könne. Auch das Zentrum und die Nationalliberalen sprachen sich, natürlich einverstanden mitler, „im Prinzip“ für die Anträge aus, während beide konservativen Parteien sich ablehnend verhielten. In einer schwermunigen Rede, die sowohl die rechtliche wie politische Seite der Frage erläuterte, vurde Herr Goerde den Standpunkt unserer Fraktion. Er konnte sich für die Wichtigkeit unserer Auffassung auf hervorragende Strafbuenlehrer berufen, und er wies auf die bei der „Scherlischen Tageszeitung“ durchaus bestehende Möglichkeit hin, einen möglichen Mord zu ordnen während der Session selbst einzuwerfen zu lassen. Die großen Unentschiedenheit aber wandte sich unser Redner gegen die Befreiung, als ob wir von der Regierung irgendwie die Befreiung des Genossen Liebknecht, der sich für die Befreiung einer Bitte verlangten oder als ob wir gar die Gnade des Kaisers antrugen. Das entspricht nicht unserem Gesichts und noch weniger dem Gehalt des Genossen Liebknecht, der sich für die Befreiung einer Bitte verlangten oder als ob wir gar die Gnade des Kaisers antrugen. Es war durchaus konsequent, daß unser Redner antrug, wir würden gegen unseren eigenen Antrag stimmen, wenn man ihm solche Motive unterfuhre. Beide Anträge wurden schließlich gegen die Stimmen der Rechten der Justizkommission überwiesen.

## Württembergische Schulreform.

Der württembergische Landtag erledigte am Donnerstag die Beratung des wichtigsten Artikels im Gesetz, der die Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Das kam bereits 1902 in der damaligen Schulnovelle zum Ausdruck, indem zum ersten Male die Abildung der geistlichen Bezirkschulaufsicht neu regelt. Wie in allen anderen Kulturländern drängte auch in Württemberg schon lange die Entwicklung des Schulwesens auf Emanzipation von der kirchlichen Bevormundung hin.

Wahl, den Jostinen zu verlagern. Dieser packte nun aus und Spiel wurde umgedreht.

**Soldaten als Treiber.** Auf dem bei Stargard gelagerten Kaiser-Bataillon wurden bei einer Treibung 70 bis 80 Soldaten der Garnison von Stargard als Treiber verwendet. Jangstler ist ein Offizier in Rostock.

**Die Beschwerte des Lehrers Beul** in Würzburg gegen den von der Regierung ausgesprochenen strengen Verweis mit gleichzeitiger Androhung der Verweisung und eventueller Entlassung ist Entschädigung des Kultusministeriums vom 21. Januar abgelaufen und beschieden worden.

**Seine politische Nachkommen.** Infolge der politischen Maßnahmen und des Vertriebes der deutschen Studenten in Prag auf den 26. Januar verließ der Sonntag bis auf kleinere Zwischenfälle ruhig. In Prag war bis 1 Uhr nachmittags gelagert. — Wie aus Prag 26. Januar gemeldet wird, führte sich in Sabelhous in dem Bild, wo der Sultan sich mit einem Offizier der französischen Armee unterhielt, ein Vorkämpfer mit dem Messer in der Hand. Der Vorkämpfer wurde entwaffnet; er erklärte, nur aus politischen Motiven gehandelt zu haben; er schreie dem Christen, er sei ein Feind. Der Herrscher erklärte, er werde die Sache untersuchen. — Aus Wien wird berichtet: Nachrichten aus Opatowitz hat der bürgerliche ein erfolgreiches Zug gegen den Mullah unter einem erfolgreichen Gewerke erweist und zahlreiche Freunde zu werden. Fünf gelungene Verweise aus dem Lager des Mullah an die Regierung in Moskau aufgefunden worden. — Der Gouverneur von Cochinchina Bonhoure verließ in einem Brief Selbstmord durch einen Revolverstoß in den Kopf. Die Regierung wird berichtet, daß eine französische Militärexpedition gegen die Eingeborenen abgegangen ist. Die Eingeborenen richteten eine Proklamation an die Eingeborenen, die erklärt wird, daß die Expedition durch die Lage im Norden notwendig geworden sei. Dieses Gebiet ist der Zukunft der Regierung. Bei Ansbach hat bereits ein Gefecht stattgefunden, die Anhänger des Revolutionärs Lehmann in die Flucht geschlagen; sie ließen mehrere tote und verwundete zurück. — In Opatowitz Roger Douglas Robinson hat nach einer Belagerung mit dem Namen der Belagerung, in dem Vertrag gegen die New York und andere Blätter wegen ihrer Behauptungen von Revolutionären beim Anlauf des Panamakanals als er ansetzten. Die Behauptungen haben sich hauptsächlich gegen Engel und Robinson, gegen Laik und seinen Bruder gerichtet. Die Regierung als solche als Mälerin in dem Verhandlungsprozess gegen die Blätter auftreten werde, scheint auf dem Wege zu sein. — Die Vorlage über das Verbot von Landwerb in Kalifornien durch Ausländer soll Dienstag im Senat zur Beratung kommen. Der Gouverneur erklärte, daß der Gegenstand gegen seinen mit Japan abgeschlossenen Vertrag verstoße.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Der reichsdeutsche Vorkämpfer.

Wien, 31. Januar. Der reichsdeutsche Vorkämpfer gegen die Einbußen, Verlust, Krieg und Krieg aus Wöhnen, besonders der Deutschen, beantragte die deutsche Gesandtschaft des böhmischen Reichstages, eine Eingabe an den Kaiserminister zu richten, worüber, daß er den Minister des Reiches erludigt habe, die Expedition der deutschen Regierung gegen den Reichstag anzukündigen, der den vertragmäßigen Abmachungen zuwider. Eine Deputation des Reichstages sprach in dieser Angelegenheit auch beim Reichshaus vor und unterbreitete ihm ein schriftliches Material, das sich auf den Vorkämpfer bezieht. Die Deputation erklärte, es seien deutsche Vorkämpfer in Wöhnen unter dem Vorwand der Tätigkeit der Klafac und Genossen zurückgelassen worden.

#### Balkan.

##### Die türkisch-bulgarischen Differenzen.

Wien, 31. Januar. Oesterreich-Ungarn hat jetzt offiziell seine Meinung zu dem russischen Vorschlag erklärt, der ein gemeinsames Vorgehen der Mächte in Sofia und Konstantinopel zur Erreichung einer Einigung zwischen Bulgarien und der Türkei ansetzt. Dieser gemeinsame Schritt der Mächte wird auch nicht übersehen sein, da die Türkei trotz anderslautenden Nachrichten noch 125 Millionen Franz und eine Grenzüberwachung verlangt, wenn es schon 100 Millionen zahlt, in dieser Angelegenheit auch die Entschädigung für die Orientbahn mit einbegriffen wird.

Wien, 31. Januar. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird die Fiktion der bulgarischen Regierung, in der Türkei die Alternative gestellt wird, entweder die angesehene 82 Millionen annehmen und bedingungslos die Unabhängigkeit erklären, oder die Folgen neuer Verhandlungen tragen, nicht unangenehm beurteilt, da die entschiedene Sprache der türkischen Regierung geeignet sei, als Druckmittel zu dienen, die türkische Regierung zu einer beschleunigten Verständigung zu zwingen.

Konstantinopel, 31. Januar. Das Reichsministerium ließ erwidern, daß die türkische Regierung bereit ist, ihre Ansprüche zu verhandeln, jedoch Bedingungen und Bedingungen zu vermeiden. Der Reichsminister erklärte gestern einigen Abgeordneten, daß die türkische Regierung bereit ist, ihre Ansprüche zu verhandeln, jedoch Bedingungen und Bedingungen zu vermeiden.

Petersburg, 31. Januar. Infolge der Vorstellungen der russischen Regierung hat der bulgarische Ministerpräsident Ralinski dem Reichsminister in Sofia die bestimmte Versicherung gegeben, er werde die türkische Regierung bereit erklären, ihre Ansprüche im Sinne der bulgarischen Propositionen zu reduzieren, nation jede weitere Mobilisierung einzustellen.

#### Aus dem türkischen Parlament.

Konstantinopel, 30. Januar. Der Reichsminister in Wien hat die Interpellation über das Vandalentum in Arabien durch den Minister des Innern aus dem Reichstag zurückgewiesen. Die bulgarische Propaganda entwirrt die Hauptpunkte der türkischen Propaganda. Die Regierung wird berichtet, daß die türkische Regierung bereit ist, ihre Ansprüche im Sinne der bulgarischen Propositionen zu reduzieren, nation jede weitere Mobilisierung einzustellen.

Regierung müsse Garantien verlangen, daß die europäischen Mächte nicht mehr in intervenieren werden. Rika hat eröffnet eine Botschaft der Botschaft der türkischen Truppenmacht in Arabien. Darauf wurde die Debatte auf Montag vertagt.

Wien, 31. Januar. Gestern hat hier ein Ministerrat stattgefunden, dem das revidierte Protokoll vorgelegt, daß die Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei entfällt. Es verbleibt, daß die türkische Regierung den Wunsch ausgesprochen hat, die Entscheidung über ein Schiedsgericht fallen zu lassen. Dem Wunsch soll entsprochen werden.

Konstantinopel, 31. Januar. „Sabah“ zufolge halten mehrere Soldaten, die die Auszahlung von Gehaltsrückständen verlangten, seit sieben Tagen die Propheetenmoschee in Medina besetzt.

#### Verstärkung.

**Die Revolutionenkämpfe.**  
London, 31. Januar. Die Stärke der in der persischen Provinz Azerbeidjan einander gegenüber stehenden royalistischen und revolutionären Truppen ist nach Meldungen aus Teheran umgänglich sicher abzuschätzen, jedoch beläuft sich die bei und in dieser Stadt versammelte bewaffnete Macht der Parlamentspartei auf über 4000 Mann. In Teheran selbst verfügt der Verfassungsgeneral Sattar Khan über 500 bewaffnete zu Fuß und 1000 Reiter. Die Truppen der Royalisten sind unter dem Kommando von Sattar Khan und sind geringer an Zahl und für ihre Verpflegung allein auf die Brandschabung der Dörfer angewiesen. Auf eine Eroberung von Teheran haben sie keinerlei Aussicht. Der neutral in das britische Konsulatsgebäude in Teheran gestellte Gouverneur von Schirvan hat das Konsulat unter einer Besatzung mit freiem Geleit verlassen. Der Gouverneur von Laristan wurde in einem Kampfe mit Revolutionären schwer verwundet. Seine beiden Söhne fielen.

Die Regierung in Teheran macht die größten Anstrengungen, Truppen zur Entsendung nach Schirvan zu sammeln, konnte aber bisher nur kleinere Abteilungen mit drei Geschützgeschiffen auf die Reise bringen. Der Aben der Schirvan, dessen Leute vorläufig noch unter Sattar Khan auf der Seite des Schahs stehen, unterhandelt mit Sattar Khan über einen gemeinschaftlichen Angriff auf Teheran.

### Die Kommission zur Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung.

In ihren letzten Beratungen beschäftigte sich die Kommission zunächst mit den Lehrlingsverhältnissen. § 126 a trifft Bestimmungen über das Halten und Ausbilden von Lehrlingen. Er lautet: „Die Befugnis zum Halten und zur Anweisung von Lehrlingen kann solchen Personen ganz oder auf Zeit entzogen werden, welche sich wiederholt grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen welche Tatsachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anweisung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. — Die Befugnis zur Anweisung von Lehrlingen kann ferner solchen Personen entzogen werden, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur Anweisung eines Lehrlings nicht geeignet sind.“ Ein Antrag Schah (wirtsch. Vereinigung) will in diesen Paragraphen die Worte „sich wiederholt“ durch „sich“ ersetzen und damit der Vorbehalt eine zeitweilige Form geben. In gleicher Absicht will derselbe Antragsteller im § 128, der der Verweigerung der Befugnis gibt, einem Lehrern, wenn er eine im Arbeiterverhältnis zum Umfange der der Art seines Gewerbebetriebes stehende Art von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, die Befugnis zur Anweisung eines Lehrlings über eine bestimmte Zahl hinaus zu unterlassen, die Worte „und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint“ gestrichen werden. — Schließlich beantragt die Kommission die Ausdehnung dieser Bestimmungen auf das Handwerks- und Gewerbe.

Die Anträge Schah zu § 126 a und 128 werden abgelehnt, dagegen der dritte Antrag (Anwendung der Bestimmungen auf das Handwerks- und Gewerbe) angenommen.

Der § 133 a leitet den Teil der Gewerbeordnung ein, der die Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker behandelt. Der § 133 a bestimmt, daß das Dienstverhältnis der von Gewerbeunternehmern gegen feste Bezüge beschäftigten Personen, der Betriebsbeamten, Werkmeister, Maschinenführer, Chemiker, Zeichner u. d. m. von jedem Teil mit schriftlicher Kündigung zum Causal aufgehoben werden kann. Unsere Genossen beantragen, die Bureauangehörigen unter die Bestimmungen dieses Abschnitts der Gewerbeordnung zu stellen. Schmidt und Wolfenbutter weisen auf die unsichere Rechtslage der Bureauangehörigen hin, die wiederholt den Wunsch geäußert hätten, ihr Dienstverhältnis gesetzlich geregelt zu sehen. Ihre Prinzipale, die Notare und Rechtsanwältinnen, hätten die unangenehme Rechtslage aus und legten die Kündigungspflicht ganz nach Willkür fest. — Von den Regierungsdirektoren wird der Antrag bekämpft. Der Antrag unserer Genossen wird vorläufig zurückgestellt.

Veratet wird dann über einen von Schmidt-Berlin beantragten Antrag unserer Genossen, im § 133 a die Worte „feste Bezüge“ zu streichen. Der Antrag will den Zustand in der Rechtsprechung beseitigen, daß bei Angehörigen, die im Aktor oder gegen Provisionstragung beschäftigt werden, die Bestimmungen des Paragraphen über die Kündigungspflicht nicht anwendbar ist. — Unser Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

§ 133 a und b bestimmt, daß die Vergütung der Kündigungsfrist, wie sie § 133 a vorsieht, auf Angehörige, die ein Gehalt von mindestens 5000 M. haben, keine Anwendung findet. Der Antrag (wirtsch. Vereinigung) beantragt, diese Grenze erst bei einem Gehalt von 8000 M. zu ziehen. Dieser Antrag wird ebenfalls angenommen.

Die Regierungsvorlage enthält zum § 133 die Bestimmung, daß, wenn ein Angehöriger (Betriebsbeamter, Werkmeister und Techniker) zur Fortsetzung des Dienstes durch unerschuldetes Ungehörig behindert ist, Anspruch auf Gehalt während sechs Wochen hat. Der Antragsteller muß sich aber den Betrag, den er als Krankengeld und Unkosten erhält, auf sein Gehalt anrechnen lassen.

Diese letzte Bestimmung wollen unsere Parteigenossen streichen. Es wird ein Antrag, der grundsätzlich die Aufrechnung der Krankengeldunterstützung und Unkosten verbietet, mit großer Majorität angenommen.

Zu § 133 b beantragen unsere Parteigenossen, daß das Gehalt für Techniker und Betriebsbeamte am Schluss des Monats zu zahlen ist. Die Kommission beschließt, dem § 133 b folgende Fassung zu geben:

„Die Zahlung des dem Angehörigen zukommenden Gehalts hat spätestens am Schluss jedes Monats zu erfolgen. Eine Vereinbarung, nach der die Zahlung des Gehalts später erfolgen soll, ist nichtig.“

Der § 133 f behandelt die Konkurrenzklause. Gegenüber der heutigen Rechtslage will die Regierungsvorlage die Konkurrenzklause nur bis auf drei Jahre beschränkt werden kann. Ueber diese Zeit kann die Beschränkung nicht erfolgen, wenn dem Angehörigen das Gehalt fortgezahlt wird.

Wolfenbutter schlägt für die Streichung der Konkurrenzklause, wenn die Angehörigen können durch diese Beschränkung in der Annahme einer Stellung größeren Schaden erleiden. Die Konkurrenzklause ist ein Mittel, die Angehörigen zu proletarisieren. Wir streichen durch solche Beschränkungen die intelligenten Leute ins Ausland; sie suchen sich dort eine Stellung, die ihnen Gelegenheit gibt, ihre Kenntnisse zu verwerten. Zum Vorteil der deutschen Industrie ist ein solcher Zustand nicht.

Von unseren Parteigenossen wurde die Streichung der Konkurrenzklause beantragt. Die Regierungsvorlage will § 133 f, Absatz 1 beibehalten, der besagt:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Gewerbeunternehmer und einem der im § 133 a bezeichneten Angehörigen, durch die der Angehörige für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist für den Angehörigen nur insoweit verbindlich, als die Beschränkung nach Zeit, Ort und Gegenstand nicht die Grenzen überschreitet, durch welche eine unbillige Erschwerung seines Fortkommens ausgeschlossen wird.“

Im Absatz 2 enthält die Regierungsvorlage folgende Fassung: „Die Beschränkung kann auf einen Zeitraum von mehr als drei Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses an nur dann erstreckt werden, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung dem Angehörigen das zuletzt von ihm bezogene Gehalt bezahlt wird.“

Unsere Parteigenossen haben außerdem folgenden Etwahlungsantrag gestellt: „Die Beschränkung ist nur bei solchen Angehörigen zulässig, deren Gehalt 3000 M. übersteigt. Sie kann ferner auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr, von der Beendigung des Dienstverhältnisses an gerechnet, nicht erstreckt werden. Für die Zeit der nach diesem Paragraphen zulässigen Beschränkung der gewerblichen Tätigkeit des Angehörigen ist das Gehalt fortzusetzen.“

Von den Regierungsdirektoren wird die Vorlage damit begründet, daß im Auslande ganz unbeschränkt die Konkurrenzklause im Vertrag angeordnet werden kann.

Genosse Stadthagen: Die Konkurrenzklause ist in den letzten Jahren mit immer größerer Härte angewendet worden. Auch sind die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, wie die Vorgänge aus der Fabrik des Herrn Beul zu Vernein beweisen, die feinerzeit im Reichstage zur Sprache gebracht wurden. Dieser Zustand muß geändert werden. — Gegenüber dem Einwande, daß der Verein deutscher Chemiker sich für die Konkurrenzklause ausgesprochen hat, hebt Genosse Schmidt-Berlin hervor, daß der Verband technischer Industrieller Beamten, der Werkmeisterverband und die Verbände der Handlungsgehilfen sich gegen die Konkurrenzklause ausgesprochen haben.

Genosse Wolfenbutter hebt hervor, daß die Verträge, die eine Konkurrenzklause enthalten, im Auslande keine Rechtswirkung erlangen. Es heißt also dem Angehörigen frei, im Auslande seine Kenntnisse zu verwerten; das kann aber nicht im Interesse der deutschen Industrie liegen.

Von den Regierungsdirektoren und auch von einigen Mitgliedern der Kommission wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Absatz 1 des Paragraphen Schutz gegen besondere Härten in der Anwendung der Konkurrenzklause bietet, denn eine unbillige Erschwerung in dem Fortkommen der Angehörigen darf der Antrag nicht enthalten. Von unseren Parteigenossen wird aber hervorgehoben, daß die Beschränkung immerhin eine sehr weitgehende Beschränkung zugelassen hat. Es genügt diese Fassung nicht zum Schutze der Angehörigen.

Trimborn (Dentr.) beantragt schließlich, daß die Konkurrenzklause nur angewandt werden soll, wenn der Angehörige eine Vertrauensstellung einnimmt oder dem Unternehmer durch Bekanntgabe von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen Schaden zufügen kann. Da die Tragweite des Antrags den Mitgliedern der Kommission nicht klar ersichtlich ist, weil der Antrag nicht gedruckt vorliegt, so verzichtete sich die Kommission.

#### Tredner Polizeibericht vom 1. Februar.

Der unterm 30. Januar erlassene Polizeibericht (den Einbruchdiebstahl an Goldschmieden und Kleingeldschmieden auf der Büchsenstraße betreffend) hat sich infolgedessen erledigt, als die wirtsch. Täter in der 32-jährigen Dienstpferon Antonie Wegner, geb. den 6. März 1876 in Rukowa und dem 26-jährigen Bauunternehmer Stanislaus Stelka, geboren den 7. Mai 1883 in Jahn, hier ermittelt und festgenommen worden sind. Die im letzten Polizeibericht genannten und beschriebenen Personen scheiden als Täter aus. — Wie wir hierzu von privater Seite erfahren, ist die Verhaftung der „schweren“ Ausländer auf dem hiesigen Hauptbahnhof am Sonntag in dem Augenblicke erfolgt, als sie im Begriff standen, ihren bereits abgerechneten Reisegeldern zu folgen. Die Verhafteten sollen einer internationalen Wende angehören und haben den letzten Einbruch eingedrungen. Das gefahrene Gut, das einen Wert von 4000 M. repräsentiert, haben die abgerechneten Komplizen mitgenommen. Ihre Verfolgung in Wöhnen ist sofort aufgenommen worden.

### Letzte Telegramme.

#### Wahlrechtsdemonstrationen.

Breslau, 1. Februar. Gestern mittags wollten Tausende von Sozialisten vor dem Rathaus gegen die neuen Steuerlasten und das prekäre Wahlrecht demonstrieren. Ein gemäßigter Aufbruch bereitete und Fuß-Schule hielt alle Junge zum Ring befestigt und drängte die Demonstranten, die mit dem Ruf: „Nieder mit Bülow!“ heranzogen, in die Seitenstraßen ab, wobei eine Anzahl Sitzungen voran. Während der dreistündigen Dauer der Ringabriegelung wurde das althistorische Restaurant zum Schweizer Keller polizeilich geschlossen.

Stettin, 1. Februar. (Privattelegramm.) Hier fanden acht Wahlrechtsversammlungen statt, die von etwa 5000 Personen besucht waren. Nach den Versammlungen zog die Menge vor das Haus des Reichs- und Landtagsabgeordneten Walfewig. Hierbei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei 30 Demonstranten verwundet und ebenfalls verhaftet wurden.

Bonn, 1. Februar. In der gestrigen Sitzung wurde beantragt, die Sozialisten eine Straßendemonstration auszuführen, die allgemeinen, gleichen Wahlrechts, an der Tausende von Personen teilzunehmen. Unter Abjuring der Arbeitermarxistische durchzog der Zug die Ringstraße. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte sich den Demonstranten entgegen und nahm zahlreiche Verhaftungen und Protestierungen vor. Heute abend sollen aus dieser Veranstaltung acht Versammlungen stattfinden.

Miel, 1. Februar. Hier versuchten etwa 6000 Sozialdemokraten nach Schluß der Wahlrechtsversammlungen vor das Rathaus zu gehen. Die Polizei sperrte alle Junge ab. Daraufhin veranstalteten sie auf dem Gergierplatz große Demonstrationen. Es kam zu verschiedenen Verhaftungen.

#### Allgemeiner Deutscher Bergarbeiterkongress.

Berlin, 1. Februar. (Privattelegramm.) In der neuen Welt Harmonie begann heute der Bergarbeiterkongress. Es sind anwesend die Abgeordneten Raumann, Hofmann und Goldschmidt (freif.), außerdem sind einige Entschuldigungschriften von freistehenden Abgeordneten eingegangen. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei sind erschienen: Hengstler, Robert Schmidt und Albrecht. Sachse hat heute die Leitung der Versammlung, im übrigen ist das Bureau aus den Verbänden, dem Reichs- und dem polnischen, dem Preussischen Bergarbeiterverbande zusammengesetzt. Es wurde ein Brief des Landtagsabgeordneten Bod verlesen, der mittelst, daß der galizische Landtag einen Antrag angenommen habe, der besagt, beim Bundesrat für ein Reichsberggesetz einzutreten.atorium referiert über die Ansetzung von Grubenkontrollanten, die aus der Mitte der Arbeiterklasse gewählt und vom Staate bezahlt werden sollen.

#### Zur Ksem-Affäre.

Petersburg, 1. Februar. Gestern morgen wurde in der Wohnung des ehemaligen Reichsdes des Polizeidepartements Lopuschkin eine Festung abgehalten, worauf er verhaftet und in das Zellengefängnis gebracht wurde. Die Verhaftung hängt mit dem in dem Times veröffentlichten Briefe Lopuschkin in der Ksem-Affäre zusammen. Man behauptet auch, der ehemalige Schiffe des Reichsdes des Innern, Fürst Ussow, und das Mitglied der ersten Duma, Fürst Dolgoruki, seien verhaftet worden.

#### Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.



# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 25.

Dresden, Montag den 1. Februar 1909.

20. Jahrgang.

## Sächsische Prägelegenheiten.

### In den Landtagswahlen.

Von der konservativen Partei war gemeldet worden, daß in allen 91 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen wolle. Daraufhin wurde in den Dresdner Nachrichten eine Erklärung folgenden Inhaltes veröffentlicht:

Die Bildung, die Konservativen beabsichtigten, in allen 91 Wahlkreisen Sachsen eigene Kandidaten aufzustellen, ist unrichtig. Ein dahingehender Beschluß ist nicht gefaßt worden.

Eine Rundgebung war zweifellos in erster Linie an die Adresse der nationalliberalen Partei gerichtet, sie sollte zugleich Wut mit dem Jauchplatz sein, daß die konservative Partei unter Umständen auch zu nationalliberal-konservativen Kompromissbildungen bereit sei. Im Lager der Dreifachpartei (Konservative, Nationalliberale, Sozialdemokraten) herrscht aber dieses konservative Entgegenkommen nicht recht gewürdigt. Denn das Leipziger Tageblatt schreibt zu der oben erwähnten Erklärung in den Dresdner Nachrichten:

Temgegenüber stellen wir nochmals fest, daß der Beschluß der nationalliberalen Landesversammlung, in allen 91 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, nach wie vor besteht.

Wichtig wäre es von dem genannten nationalliberalen Parteigenossen, wenn es erklärt hätte, der Beschluß bestünde rückwärts. Denn wenn die Konservativen Kompromissbildungen zeigen, wird man im nationalliberalen Lager nicht widerstehen können. Bald wird es heißen: In den Kreisen gegen sich beide. Letzteres können sich die schmalen Ordnungsgewässer ja auch ein selbständiges Vorgehen leisten. Dabei wird unter dem neuen Verfassungssystem ja nichts riskiert. Die relative Wichtigkeit, die früher für die Wahl eines Abgeordneten geltend war, ist ja befristet und durch die Verfassung ersetzt worden, daß nur der Kandidat als gewählt gilt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Unter diesen Verhältnissen wird sich als Folge des Trennungsmarktes die Reaktionspartien nur eine Fühlung von Entscheidung einleiten, wobei die jetzt etwas verunkelt Ordnungsbilder sich ja gegenseitig wieder helfen können.

Das V. L. teilt über die Kandidatenaufstellung im bürgerlichen Lager noch folgendes mit: Bisher sind als Kandidaten gemeldet worden von konservativer Seite die bisherigen Abgeordneten Dr. Spitz-Pirna für den 4. sächsischen (Pirna, Königstein, Adorf), Prof. für den 20. sächsischen (Dippoldisdorf, Dippoldisberg für den 21. sächsischen (Grimma) Wahlkreis. Von nationalliberaler Seite wurde am Freitag für den 32. sächsischen (Zwickau, Zwickauerberg) der bisherige Abgeordnete Claus durch den sächsischen Reichstagsabgeordneten Dr. Gumbelmann des Reichstages wieder aufgestellt. Außerdem ist mit Sicherheit zu erwarten, daß von den bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Dr. Herrmann, Kleinhammer, Müller-Hirschfeld, Dr. Zimmermann und Fing wieder aufgestellt werden.

Man sieht, es wird von den Reaktionspartien ein positiver Vorschlag zu den Landtagswahlen entworfen, das zeigt sich aber durch die Zurückhaltung, mit der die Kandidatenaufstellung erfolgt. Man gebietet sich, als könne man vier Wochen der Wahl aus dieser beschränkten Wartezeit aber escheit man, die Gegner alles aufzuheben werden, ihre bisherige Position halten und die Wahl von Sozialdemokraten zu verhindern. Es werden mit der größten Mühseligkeit der Gegner natürlich kämpfen, und aber dadurch in keiner Weise verlocken lassen, unklar vorzuziehen. Notwendig ist es aber, in den Oppositionen alles vorzubereiten, damit es klappt, wenn die Wahl auch für und gekommen ist, in die Landtagswahltagung eintritt, wobei wir den Gegnern an Kraftentfaltung und Eifer nicht nachsehen dürfen.

### Eine Mittelstandsgründung.

Um dem Handwerk wieder zu dem berühmten goldenen Alter zu verhelfen, hat die Regierung den Vorschlag die Gründung von Genossenschaften empfohlen und hierzu auch Mittel aus dem reichlichen Pensionsfonds leichtwie zur Verfügung gestellt. Es sind nun auch eine Anzahl Vereine gemacht worden, dem Handwerk mit solchen Genossenschaften anzuhelfen. So wurde 1906 in Leipzig auch eine Genossenschaft selbständiger Schneider ins Leben gerufen. Den Mitgliedern wurden bei der Gründung goldene Verge versprochen. Um eine möglichst große Zahl von Mitgliedern heranzuziehen, wurde die Satzung sehr niedrig bemessen. Doch bald mußte sie auf das Doppelte erhöht werden. In einer kürzlich abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung stellte sich die Situation des Unternehmens als außerordentlich kritisch heraus. Die Summe der eingezahlten Beiträge betrug am Ende des Jahres 1907 15.100 M. Hierunter ist jedoch ein Verlust von 9900 M. ab, so daß von der obigen Summe der Mitgliederbeiträge am Beginn des zweiten Geschäftsjahres nur noch 5200 M. vorhanden waren. Im zweiten Geschäftsjahre betrug der Verlust nahezu 4000 M. Das Mittelgliedergebnis ist also nahezu aufgebraucht. Inzwischen sind aber auch 5000 M. an die Regierung zur Subvention der Genossenschaft hergegeben, die, daraufgegangen. Aus dem Verlaufe des Vorstehens in der Generalversammlung geht hervor, daß für den ungünstigen Stand der Genossenschaft die Mitglieder verantwortlich gemacht werden, weil sie nicht genügend Beiträge einbezahlt haben. Unter der neuen Verwaltung sei bereits ein Umschwung zu verzeichnen. Von dem Jahre 1907 sei doch noch ein Erlös von 13000 M. vorhanden, das gerade werden müsse. Auf ein Mittelglied lassen hiervon 30 M. die Regierung hat sich auf persönliche Zusprüche bereitfinden lassen, die neue Unternehmung von 1000 M. zu bewilligen.

Aus dem Sachverhalt geht schon hervor, daß diese Mittelstandsgründung bereits so gut wie verfehlt ist. Die 1000 M., die die Regierung noch spenden will, werden den Verfall nicht abwenden können. Es ist überhaupt auffällig, daß die Regierung unter solchen Umständen noch Geld hergibt. Wie würde man verfahren, wenn in einer Arbeitergenossenschaft der Fall in so großer Weise herrschte.

### Reform der Eisenbahn-Bureaus.

In früheren Landtagen wurde mehrfach eine Vereinfachung in der Eisenbahnverwaltung erörtert und gefördert. In der Verwaltung soll eine bessere Beschäftigung kaufmännischer Grundkräfte

vor bürokratischen Prinzipien Platz greifen und zwar durch Erhöhung der Verantwortlichkeit und der Selbständigkeit der unteren Dienststellen. Das Finanzministerium sowohl als auch die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen sollen von einer ganzen Anzahl Aufgaben entlastet werden, die ohne Gefährdung der Betriebssicherheit in zweckmäßiger Weise auch von nachgeordneten Stellen erledigt werden können. Das dieser Fortschritt notwendig ist, geht z. B. daraus hervor, daß die Bauinspektion, obgleich ihnen Dispositionsummern zur Anbahnung der Bauarbeiten zur Verfügung stehen, einen neuen Plan für die Begrüßung eines bisher ungelösten Problems aus diesen Summen nicht ohne oberbehördliche Genehmigung anschaffen dürfen. In der Erkenntnis der Notwendigkeit der verlangten Reformen schon aus Gründen der dringend gebotenen Sparbarkeit bei den Beamtenbesoldungen, wie das Leipziger Tageblatt mitteilt, die Regierung vor längerer Zeit eine Kommission zur Vorbereitung von Vorschlägen für die Reorganisation der Eisenbahnverwaltung eingesetzt. Jetzt liegen nun diese Vorschläge vor. Danach sollen erstens weitgehende Beschäftigungsveränderungen, namentlich durch Kompetenzänderungen, vorgenommen werden. Weiter wird die Zentralisierung eines Teiles der kaufmännischen Entwurfsarbeiten angesetzt. Drittens sollen die Bauinspektionen hinsichtlich gewisser Teile ihrer Geschäfte unter Aufsicht der Betriebsdirektion als Aufsichtsbehörde der Generaldirektion unmittelbar unterstellt werden. Der vierte Vorschlag enthält eine vollständige Neuorganisation der Bauinspektionen unter Verminderung der Zahl der Bauinspektionen von 33 auf 22. Die Generaldirektion der Eisenbahnen hat sich in der Darstellung dieser Anträge gegenüber günstig ausgesprochen. Gegenwärtig liegt nun die wichtige Angelegenheit bei der Regierung, die aber angeblich noch wiederholte Verhandlungen die feste Absicht hat, die Kompetenzen der unteren Eisenbahnstellen zu erweitern und eine andere Reorganisation in unerer Eisenbahnverwaltung durchzuführen. Eine Abminderung der Zahl der Betriebsdirektionen ist jedoch auf keinen Fall zu erwarten. Nach allem was in dem Eisenbahnstatistik für die Finanzperiode 1910/11, der bereits in Bearbeitung ist, interessante Details für die Neuerungen bei der Verwaltung der Eisenbahnen zu entnehmen.

Früher wurde bei Erörterung dieser Frage in erster Linie eine Forderung der Generaldirektion der Eisenbahnen gefordert, die als überflüssig bezeichnet wurde; außerdem verlangte man besonders auf nationalliberaler Seite eine Verminderung der Eisenbahndirektionen und ländlicher höherer Beamten, nachdem festgestellt worden war, daß wir davon in der Eisenbahnverwaltung verhältnismäßig weit mehr haben als Preußen und andere deutsche Staaten. Von einer solchen Reform hört man aber nichts mehr.

### In der eigenen Urtheil.

Der Vertrauensarzt der Gemeinamen Ortskrankenkasse in Chemnitz, Dr. Kroeber, hat den vielgenannten Dr. Voßler vor den Ehrentag, geladen, weil dieser ihn in einem Briefe vom 2. Juli 1908 an den Krankenausschuß durch den Vortritt beleidigt haben soll, daß er in drei Briefen mit bewußten Unwahrheiten gegenüber dem Ehrentag und der Gemeinamen Ortskrankenkasse operiert habe. Dr. Voßler teilt der Chemnitzer Volksstimme mit, daß er es abgelehnt habe, sich auf den Sühnerversuch einzulassen, weil es sich um eine verjährte Sache handle. Dr. Voßler will seinerseits den Dr. Kroeber durch ein gerichtliches Urteil auf sein Schreiben an die Kasse ausdrücklich aufmerksam gemacht und ihn rechtzeitig aufgefordert haben, zu klagen. Die Tatsache, daß Dr. Kroeber die Ausdrucksweise hat verstreuen lassen, bedarf nicht nur die militärischen Ehrentage für die Stabsärzte der Reserve. Dr. Voßler meint, man werde das Ergebnis nun bald lesen können unter der der Druck: Mit schämerndem Abschied entlassen. — Für den Reichsverbandshauptling Dr. Voßler, den Protektor des Endverordnungsvertrages Schuberth, der wegen seiner Beziehungen zu diesem Ehrenmann bereits seinen Abschied von der Krankenkasse erhalten hat, wird die Sache durch den Fall Dr. Kroebers allerdings nicht besser.

### Der Bauversicherungs-Verband sächsischer Städte.

Am Ende vorigen Jahres gründeten die sächsischen Städte einen selbständigen Bauversicherungs-Verband, um die Unfallversicherung der bei ihnen beschäftigten Gemeindegewerbetätigen durchzuführen zu können, als sie dafür bei der zuständigen Berufs-genossenschaft zu bezahlen hatten. Der Verband trat mit dem 1. Januar 1907 ins Leben und liegt jetzt der erste Geschäftsbericht des Verbandes (auf das Jahr 1907) vor. Danach umfaßt derselbe 73 Gemeinden. Die Geschäfte des Verbandes werden von der Stadt Freiberg geführt. Zusammen mit den Städten Chemnitz, Leipzig und Plauen, welche die Unfallversicherung selbständig für sich durchführten, waren in den 73 Städten 3784 Gemeindegewerbetätige durchsichtlich beschäftigt. Im Jahre 1907 ereigneten sich 108 Verlustfälle. Damit entfielen auf 1000 Versicherte durchschnittlich 27,77 Verluste. Von den Verlusten verstarben in zwei in Folge des Unfalles, waren also als getötet zu betrachten, 23 waren länger als 13 Wochen erwerbsunfähig, so daß für sie eine Rente festgesetzt werden mußte. Mit den Verlusten aus früheren Jahren, die übernommen werden mußten, waren an Ingesamt 69 Personen Renten zu zahlen. Sie betrugen 17.049 M. Die Unfallversicherung erforderte 2.10 M. (zwei Mark zehn Pfennige), die laufende Verwaltung 3087 M.

### Vollzahl und Bevölkerungsdichtigkeit in Sachsen.

Im Jahre 1815 zählte Sachsen 1.178.800 Einwohner, auf ein Quadratkilometer entfielen 78,6; 1830 war es auf 1.402.000 gewachsen (93,5 auf ein Quadratkilometer), 1849 auf 1.895.000 (126,4), 1867 auf 2.424.000 (162), 1880 auf 2.978.000 (212,2), 1890 auf 3.503.000 (233,6), 1900 auf 4.202.000 (280,3), 1905 auf 4.509.000 (300,7). Sachsen hat also heute viermal so viel Einwohner als vor 90 Jahren. Interessant ist weiter das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung. 1815 wohnten genau doppelt so viel Leute auf dem Lande als in der Stadt, 1871 war das Verhältnis 60,3 Proz. zu 39,7 Proz., 1890 51,9 zu 48,1 Proz. Aber bereits 1900 überstieg die Zahl der Städter die der Landbewohner (50,04 : 49,96). 1905 überstieg die Stadtbevölkerung: 53,71 : 46,29. — Teutschland wuchs von 24.816.000 im Jahre 1816 auf 60.850.000 Einwohner im Jahre 1905.

Annahme. Von der 2. Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts wurde der frühere Polizeiregistrator Oskar Meißner wegen Unterschlagung im Werte von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Außer der Gerichtsverurteilung ist als bemerkenswert eine Klageung der Stadträte Dr. Wunde hervorzuheben, der unter anderem erklärte, daß früher einmal ein Rathschluß gefaßt worden sei, demzufolge Meißner seine Gelder mehr in die Hände bekommen sollte; es sei aber nicht streng danach verfahren worden. Eine Auskunft darüber, weshalb ein so auffälliger Beschluß gefaßt und weshalb nicht danach verfahren worden ist, wurde nicht gegeben.

Gerbstorf. Zu der auf dem Steinfortenwert Kaisergrube erfolgten Kündigung von 14 Bergarbeitern, die sämtlich Knappschaftskrankenkassenmitglieder und Arbeiterausführungsmittglieder sind, wird noch gemeldet, daß alle Familienmitglieder sind und auf dem Werk schon seit 25 Jahren bis herab zu 9 Jahren in Arbeit stehen.

Leine Nachrichten aus dem Jahre. Das fünfjährige Töchterchen des Postkassens Beihörner in Leipzig blieb Sonnabend nachmittags, während die Mutter aus dem Keller kochte, kurze Zeit unbeaufsichtigt. Sie muß inzwischen mit Streichhölzern gespielt haben. Dabei gerieten die Vorhänge und die Kleider des unglücklichen Kindes in Brand. Als die Mutter zurückkehrte, war das Kind den furchtbaren Brandwunden schon erlegen. — Am Sonnabend nachmittags in der Zeit zwischen 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr waren die drei Kinder des Arbeiters Georg Dietrich in Leipzig im Alter von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 10 Jahren allein in der Wohnung. Die Kinder spielten an einem Koffer, wobei die 10 Jahre alte Räte und der 8-jährige Hans sich hineinlegten. Während Hans der Deckel des Koffers herunter und das Schloß schloß zu, so daß es den unglücklichen Kindern nicht möglich war, sich zu befreien. Beide fanden den Erstickungstod, bevor ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Das jüngste Kind konnte keinen Geschrei nicht helfen. — Infolge starken Nebels verirrte sich auf dem Nachhausewege bei Plauen der 68-jährige Streckenarbeiter Schubert aus Meitzsch. Am Friedrich-August-Stein klüppte der Mann das tiefe Eltertal hinab und wurde dort tot aufgefunden. — Die 30-jährige Ehefrau des Eisenbahnbeamten Unterförster in Falkenberg erlitt beim Herabsteigen in schwere Brandwunden, das an ihrem Koffern gescheitert wird. Die Frau stand im Nu in hellen Flammen. — Am Freitag abend wurde in Oberleutensdorf die 20 Jahre alte Arbeiterin Anna Bille von ihrem 45 Jahre alten Pflegevater Johann Gernat in einen Beckenschuppen beim Johannischke gelockt. Dort feuerte Gernat auf sein Pflanzling, welches das Verhältnis mit ihm teilen wollte, fünf Revolverkugeln ab und tötete. Das Mädchen wurde mit Schusswunden unterhalb des linken Auges, sowie an Brust und Händen aufgefunden und in hoffnungslosem Zustande in das Brüder Krankenhaus geschafft. Der Mörder wurde heute früh auf einer Wiese nächst dem Gutmannschke mit einer Schusswunde in der Schläfe tot aufgefunden. — Während der 10 Jahre alte Sohn des Betriebsarbeiters Müller in Johanngeorgenstadt seinem in der Grunewalden Dampfmaschinenwerkstatt beschäftigten Vater Kaffee brachte, machte er sich an einer Maschine zu schaffen und geriet dabei in das Getriebe. Er erlitt in schwere Verletzungen an den Beinen, daß er ins Kreisranzkenspital Bzdau gebracht werden mußte, wo ihm ein Bein abgenommen wurde.

## Stadt-Chronik.

### Ein Arbeiterbudget.

Derartige Aufstellungen über den Haushalt der Arbeiter sind uns in letzter Zeit noch eine Anzahl zugegangen. Wir können sie nicht alle veröffentlichen; das ist auch nicht nötig, denn sie sind durchweg sehr gleichartig; aus allen spricht Not und Sorge, obwohl die in diesen Fällen verdienten Löhne noch nicht zu den allerhöchsten gehören. Wir greifen das Budget eines sächsischen Tiefbauarbeiters für 1908 heraus, das auch die städtische Verwaltung interessieren dürfte.

Ausgabe:	
Wohnung, 1456 Pfd. . . . .	197,75 M.
Wäsche, 108 Pfd. . . . .	85,92
Butter, 2 Pfd. . . . .	2,90
Reis, 32 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	23,11
Suppe u. Nudeln, 12,07	12,07
Frühstück u. Bekleidung	26,85
Milch, 153 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Ltr. . . . .	30,65
Wohl, 69 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	14,04
Brot, 65 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	18,11
Wohl, 22 Pfd. . . . .	5,16
Gruppen, 16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	2,60
Eiweiß, 11 Pfd. . . . .	2,09
Wohl, 13 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	2,43
Wohl, 7 Pfd. . . . .	1,54
Kartoffeln, 1115 Pfd. . . . .	88,56
(Dabei 500 Pfd., für die nur die Frucht bezahlt wurde.)	
Obst . . . . .	7,88
Grünes Gemüse . . . . .	8,57
Obst, 24 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	3,68
Wohl, 2 Pfd. . . . .	1,84
Wohl . . . . .	23,26
Wohl . . . . .	31,56
Wohl . . . . .	7,10
Wohl . . . . .	5,33
Wohl . . . . .	4,28
Wohl . . . . .	5,35
Wohl, 85 Stück . . . . .	5,13
Wohl, 18 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	2,43
Zahnl . . . . .	3,95
Wohl, 9 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	5,28
Wohl, 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Pfd. . . . .	1,86
Wohl . . . . .	2,70
Koffein . . . . .	2,59
Summe 1227,99 M.	
Einnahme:	
Lohn . . . . .	1042,78 M.
Beihilfe der Frau . . . . .	69,23
Durch Nebenarbeit . . . . .	64,00
Konsumvertrags-Einnahme . . . . .	42,64
Summe 1218,65 M.	
Fehlbetrag 11,96 M.	

Der Arbeiter selbst schreibt dazu noch: „Ich bin sächsischer Tiefbauarbeiter, habe einen Stundenlohn von 38 Pf., es gibt aber noch niedrigere Stundenlöhne. Auch habe ich das ganze Jahr nicht ausreichen brauchen. Meine Familie besteht aus Ehefrau und fünf Kindern, davon gehen zwei in die Schule, also aus sieben Personen. Zu den Ausgabenposten sei bemerkt: Schuhreparaturen muß ich selbst besorgen, deshalb ist dieser Posten so niedrig. Obwohl ich das Schuhmacherhandwerk nicht erlernt habe; sehr viele Arbeiter mühen sich auf diese Weise behelfen, die traurigen Erwerbsverhältnisse der Arbeiter sind schuld daran. Unter dem Posten Bekleidungsgegenstände sind Ausgaben für Wäsche, Reparaturen am Handtuch, Kleider usw. In den Sommerferien war meine Ehefrau mit den Kindern 3 Wochen bei Verwandten auf dem Lande, wodurch ich 30 M. an Lebensmitteln weniger ausgeben brauchte. In den Tageszeiten habe ich wiederholt gelesen, wieviel zur Berechnung eines Marxistenlohnens berechnet wird. Nach dieser Berechnung brauchte ich für meine Familie 33 M. 21 Pf. pro Woche oder jährlich 1726 M. 92 Pf. Ich konnte dafür aber nur ausgeben 632 M. 49 Pf. Das ist pro Woche 12 M. 24 Pf.

oder auf eine Person pro Woche 1 M. 75 Pf. pro Tag  
für den wöchentlichen Verdienst. Bei dieser Ernährungs-  
weise ist die schwere Arbeit verträglich, und wenn es nicht schnell  
genug geht, legt es Obstbeeren. — Dabei gibt es Leute, die den  
Arbeitsprozess predigen, damit sie nicht in Not geraten.

Die Verbilligung, die aus diesen Worten spricht, ist sehr  
erklärlich. Das ganze Jahr schwer arbeiten, ebendies noch Neben-  
arbeit verrichten, die Frau mit verdienen lassen — und trotzdem  
dem bei körperlichem Leben. Man sehe sich nur die Zahlen  
näher an. Weiter sieht die Familie kaum einmal. Margarine  
und andere minderwertige Erzeugnisse dienen als Ersatz.  
Ebenso Personen eben zusammen für 23 M. Bleich im ganzen  
Jahre! Und die Wohnung für 100 M. dürfte jedenfalls recht  
unzureichend für diese ganze Familie sein. Man beachte auch, welche  
große Rolle die 42 M. Konsumversteuern und -Minderbegünstigung  
unter solchen Umständen spielen.

Terminliche Verpflichtungen müssen ohne jeden Kommentar auf-  
rechtzuerhalten werden.

### Herzzeitung und Kurpfuscherei.

Am Freitag nahm im Reichshaus eine außerordentliche Voll-  
versammlung Stellung zu dem Vorgehen der Ärzte in der Be-  
kämpfung der Kurpfuscherei. Es ist nicht zu verkennen, daß in  
dieser Beziehung viel Unfug getrieben wird, aber man will an-  
scheinend die Gelegenheit benutzen, um ein Ausnahmegericht zu  
schaffen, das in erster Linie einer kleineren privilegierten Ärzte-  
gruppe zugute kommt. Das Gesetz, wie es jetzt im Entwurf vor-  
liegt, schaltet das Kind mit dem Bilde aus, und wie alle Aus-  
nahmegerichte trifft es ganz andere als die, denen es gelten soll.  
Es wird nun von den Naturheilvereinen scharfer Protest dagegen  
eingeleitet, dem eine gewisse Verbilligung nicht abzusprechen ist.

Zu der Versammlung sprach Dr. med. W. J. V. Verlin  
über das etwas unpräzise zurückgemachte Thema: Die Be-  
kämpfung der Kurpfuscherei durch die rechtswidrigen Bestrebungen  
der Medizin. Redner betonte, daß das Gesetz durchaus nicht  
einem Bedürfnis im Volk entgegenkomme, sondern es dient nur  
einer bestimmten Interessengruppe, der Allopathie, einem kleinen  
Kreis innerhalb der Medizin. Er hat die Regierung zu über-  
zeugen versucht, daß ein solches Gesetz notwendig sei; entgegen-  
setzt es einer gewissen Notlage des ärztlichen Standes. Der Ge-  
setzentwurf selbst enthält in zwei Teile. Der erste Teil richtet sich  
gegen die Kurpfuscherei, der zweite verbietet die Geheimmittel.  
Der erste Teil enthält eine Menge Bestimmungen, die für weite  
Kreise durchaus nicht harmlos sind. Vor allem gilt dies von der  
Bestimmung, daß die zu führenden Geschädigten auf Verlangen  
der Polizei behördlich vorgelegt sind. Das ist eine Verletzung des  
Rechts des Kranken auf Verschwiegenheit. Ferner soll den Leuten  
praktisch die Behandlung von Frauen- und Geschlechtskrank-  
heiten verboten werden. Wohin das führen würde, erlitt aus dem  
Anstand, daß das Gesetz für den Arzt noch als das allein-  
sichernde Heilmittel gilt. Das Verbot der totalen Narzole  
zielt sich in erster Linie gegen die nichttopographischen Zahnärzte.  
Interessant ist dabei die Tatsache, daß sich auch der Kaiser von  
einem solchen Zahnarzt behandeln ließ, der dann bei Aus-  
sagen des Geheimnisses pöbellich ohne weiteres den Arzt  
erhielt. Weiter wird die Behandlung mittels mystischer Verfahren  
verboten. Hierher gehören auch Heilmagnetismus und Homöo-  
pathie, auch auf die Behandlung ansteckender Krankheiten kann  
diese Verfügung ausgedehnt werden. Man mag über diese Dinge  
denken wie man will, ihr gesellschaftliches Verbot hat höchstens den Er-  
folg, daß es zur Verheimlichung zwingt und so erst den Boden für  
wirkliche Kurpfuscherei vorbereitet. Der letzte Verstoß hat noch  
eine Reihe von Änderungen beschlossen. So soll die ganze Ver-  
einständlichkeit der Naturheilvereine, sowie die Verbreitung ihrer  
Schriften durch deren Vorstände verboten werden. Ärzte, die in  
Naturheilvereinen Vorstände halten, sollen bestraft werden.  
Das ganze Gesetz ist durchaus ein Polizeigesetz. Es ist unklar,  
was es sich nur gegen Leute richtet; denn wer ist eigentlich  
Kurpfuscherei? Die Ärzte versichern darunter nicht den, der eine  
Kur versucht, das nennen sie unter sich „Unheilflehler“, sondern  
sie bezichtigen damit alles, was gegen die Dogmen einer kleinen  
Klasse verstößt. Allerdings gibt es eine schlimme Kurpfuscherei,  
aber die ist nicht durch dieses Gesetz zu bekämpfen. Es wird nur  
das Symptom, nicht die Ursache bekämpft. Und zur Bekämpfung  
auch der schlimmsten Kurpfuscherei reichen die jetzigen Gesetze  
gegen Abzweckung und schändliche Werbung völlig aus.  
Das Gesetz ist eine Verletzung der Freiheit und eine  
Verletzung der Verschwiegenheit. Es ist ein Ausnahmegericht,  
richtige Bekämpfung der Kurpfuscherei ist nur möglich durch  
bessere Ausbildung der Ärzte und bessere gesundheitliche Aus-  
bildung des Volkes. Die Kurpfuscherei ist nur eine Folge schlechter  
sozialer Verhältnisse, ein Auswuchs des kapitalistischen Systems.

Nach dem Vortrag entspann sich eine längere Debatte.  
Gegner meldeten sich nicht zum Wort, alle Redner unterstützten  
die Ausführungen des Vortragenden, und zwar recht energisch.  
Zum Schluß wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

### Nachträge von einer Wahrschuldendemonstration.

Am 14. Dezember, dem Tage der außerordentlichen Landes-  
konferenz, fanden bekanntlich Wahlrechts-Parasitenversammlungen  
statt, an die sich Streikdemonstrationen angeschlossen. Die Ver-  
sammlungsleiter der Unionisten zogen nach der inneren Stadt,  
dem Schloß zu. Einer der Demonstranten, der Arbeiter Friedrich  
Arthur Kluge erhielt nachträglich eine Strafverurteilung über 5 Tage  
wegen Aufregung und großen Unfugs. Er soll sich durch lautes  
Sprechen beteiligt und versucht haben, dem Zuge durch laute Zu-  
rufe eine andere Richtung zu geben. Z. beantragte richterliche  
Entscheidung und stellt all das in Abrede. Er hätte nur in die  
Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht mit eingeschlimmt. Da zwei  
Ordnungsmänner gegen ihn als Zeugen austraten, bleibt es bei den  
5 Tagen Haft wegen „großen Unfugs“.

### Reform der Fortbildungsschulen.

Ueber die Neugestaltung des städtischen öffentlichen Fort-  
bildungsschulwesens in Dresden ist ein umfangreicher Druckbericht  
erschienen, in dem die vielfach geplanten Veränderungen, die mit  
dieser Neugestaltung verbunden sind, mitgeteilt werden. Hieraus  
soll die städtische öffentliche Fortbildungsschule von 1909 an die  
Verwaltung städtische öffentliche Fort- und Fortbildungsschulen führen  
und vom April 1909 an sollen selbständige Direktorate bei den fünf  
städtischen Fortbildungsschulen mit dem Gehalte der Wohnung-  
entschädigung und den Aufwandsbestimmungen der städtischen  
Vollschulinspektoren begründet werden. Diese fünf Direktorate  
sollen mit dem Grundgehalt in den Haushaltsplan 1909 eingestellt  
und die Pflichten der Direktoren auf wöchentlich 12 Leh-  
rstunden vermindert werden. Außerdem sollen neun händliche Stellen für  
Fortbildungsschullehrer im Hauptamt begründet und für  
diese Lehrer eine besondere Gehaltsklasse aufgestellt werden.  
Jeder händliche Lehrer ist zur Erstellung von 28 Wochenstunden  
verpflichtet. Außer femininisch gebildeten Lehrern können auch  
Fachlehrer, und zwar Ingenieur, Zeichenlehrer, Techniker, Maler,  
Bildhauer, Handwerker etc. angeheuert werden. Bei den städtischen  
öffentlichen Fort- und Fortbildungsschulen soll der Unterricht  
vom 16. April 1909 an, unter Beibehaltung der bisherigen

Arten, an den sechs Werktagen von 7 Uhr bis abends  
7 Uhr erteilt werden. Ferner soll von diesem Zeitpunkte an  
Unterricht an fortbildungsschulpflichtige Schüler nach 8 Uhr  
abends auch an der städtischen Gewerkschule, an Innungs-  
fachschulen und Privatschulen nicht mehr gestattet werden. Zugleich  
soll der Sonntagsunterricht an den Schulen, an denen er zurzeit  
besteht, in dem bisherigen Umfang für die Zeit von 7 bis  
9 Uhr früh und 11 bis 2 Uhr mittags bis auf weiteres noch  
ausgelassen werden. Der Beruf des Schülers soll in den Mittel-  
punkt des Unterrichts gestellt und die Schüler nach Verufen oder,  
wo dies nicht möglich ist, nach Berufsgruppen in Klassen vereinigt  
werden. Für alle Schüler soll die obligatorische wöchentliche  
Stundenanzahl auf vier festgesetzt werden, wozu für die Fortbilde-  
klassen noch zwei obligatorische Wochenstunden im Fachzeichnen,  
für die Kaufleute eine obligatorische Wochenstunde zur Erweiterung  
und Vertiefung der Buchführung und Handelslehre treten. Im  
ganzen macht sich die Bildung von 189 Klassen, und zwar  
63 Rechner- und 126 Zeichnerklassen, mit zusammen  
888 Stunden notwendig.

**Arbeitsrisiko.**  
Einen schweren Schädelbruch erlitt am Sonnabend der  
Feitzer des am Fiedlerplatz gelegenen König-Georg-Gymnasiums  
Jenski. Er war in der dortigen Turnhalle auf einer Leiter  
nach einem sehr hoch gelegenen Fenster gestiegen, um dieses zu  
öffnen. Bei dieser Handlung tat er einen Fehltritt und stürzte  
kopfüber etwa 7 bis 8 Meter auf den Boden herab. Bewußtlos  
blieb er liegen. Er liegt todt in der Johannstädter Krankenhaus-  
kammer.

**Ausgewiesen — Selbstmordversuch.**  
Der hier in einem belohnten Etüchen in der Marien-  
straße wohnhafte Schneider Krall aus Böhlen sollte nach einer  
ihm zugegangenen Verordnung Dresden binnen wenigen Tagen  
verlassen. Das bedeutete für ihn vollständige Existenzlosigkeit. In  
seiner Notlage beschloß er deshalb, nicht nur aus Dresden,  
sondern von der Welt überhaupt zu scheiden. Mittels Vitriol-  
essigsäure verachtete er sich zu vergiften. In schwerstem Zustand  
wurde er angetroffen und dem Friedrichstädter Krankenhaus  
zugeführt. — Der Grund der Ausweisung ist uns nicht bekannt.

**Aus den Bezirksausstellungen.**  
In der letzten Bezirksausstellung der Amtshauptmann-  
schaft Dresden-Neustadt wurde eine Anzahl Konzeptions-  
entwürfe eingereicht. Genehmigt wurden die Entwürfe: Riemer in  
Königsbrunn, Uebertragung der Erlaubnis zum Betriebe der Gas-  
wirtschaft einschließlich des Branntweinhandels, zur Abhaltung  
regelmäßiger Tanzmusik und Veranstaltung theatralischer Vor-  
stellungen; Frau Große in Wilsdorf (Bürgergarten), Ab-  
beziehung der Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft ein-  
schließlich des Branntweinhandels auf eine neuverbaute Veranda; Zimmermann  
in Radeburg, Uebertragung der Erlaubnis zum Ausschank von Bier,  
Kaffee und Milch und Abbeziehung der Konzession auf den Aus-  
schank von Selterswasser und Limonaden im Grundstücke der Union-  
werke; Ciang in Radeburg (Bergschloßchen), Uebertragung der Erlau-  
bnis zum Betriebe der Schankwirtschaft ein- und des Branntwein-  
handels und Abbeziehung der Schankkonzession auf eine neu zu  
erbauende Gartenhalle. Tagungen wurden abgelehnt die Gesuche  
Grünig in Niederpöritz (Erzberger) um Abbeziehung der Tanz-  
konzession auf die Erlaubnis zur Abhaltung allmorglicher öffentlicher  
Tanzmusik im Oktober und an einem dritten Sonntag der Monate  
November bis März eines jeden Jahres und Müller in Radeburg  
(Mittelstraße) um Erlaubnis zur Abhaltung allmorglicher öffentlicher  
Tanzmusik beim an einem dritten Sonntag im Monat. —  
Ein Gesuch des Ausschusses für christlichen Frauenverein in Seifers  
um Bewilligung einer Beihilfe aus Bezirksmitteln zur Förderung  
der Krankenpflege auf dem Lande wurde abgelehnt, dagegen der  
Gemeinde Wahrenitz zu den Kosten der Unterbringung anderer  
Personen im Anstalt für Anstaltskrankeheiten zu Berlin eine Beihilfe  
von 50 M. bewilligt. Hinsichtlich des 1. Nachtrages zu dem Ortsgesetz  
für die Gemeinde Radeburg über die Zusammensetzung des Ge-  
meinderats, dessen Beratung in geheimer Sitzung erfolgte, beschloß  
der Bezirksausstellung, die Genehmigung auszusprechen unter Ver-  
pflichtung der Dispositionsbereitstellung von der Vorrichtung in § 53, 1 und 56  
der Reg. Landgemeindeordnung. Tagungen wurde die Befreiung von §  
55 abgelehnt.

**Orts-Krankenkasse Dresden.**  
Mitteltung über die Geschäftsbewegung im Monat  
Dezember 1908. Mitgliederbestand Ende des  
Monats 106549, und zwar 60521 männliche und 46028 weib-  
liche Versicherte. Gebahlt wurden: Krankengeld an Mitglieder  
110813 M., Familienunterstützung (für die in Getrennthalten unter-  
gebrachte Mitglieder) 5079 M., Wöchnerinnenunterstützung 8465 M.,  
Sterbegelder 6687 M. In den Verwaltungsjahren der Kasse fanden  
76 Vorklagen in der Dauer bis zu 3 Wochen Aufnahme, während  
46 Mitglieder noch zusammen 1488 Verpflegungen die Anstalt  
verließen. Von diesen Genesenden sind vollständig erwerbsfähig 28  
und gebessert 18 entlassen worden. Die Zahl der betragsschuldigen  
Arbeitgeber betrug am Monatschlusse 24976, und zwar 12265  
für die Invalidenversicherung und 12711 lediglich für die  
Krankengeldversicherung. An Beiträgen für die Kranken-  
versicherung sind 399 634 M. und für die Invalidenversicherung  
139 402 M. zu verzeichnen, sowie für 141 640 M. Beitrags-  
minderungen anzuführen. Die Zahl der versicherungspflichtigen  
Personen für die letztere Versicherung betrug 117 822, und zwar  
61 225 männliche und 56 597 weibliche. In 159 Fällen waren  
Mitglieder wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften für  
erwerbsschuldige Kranke mit Ordnungsgeldstrafen zu belegen und vier  
Arbeitgeber wurden wegen Nichtablieferung von Beiträgen zu  
Geld- bzw. Gefängnisstrafen verurteilt.

**Vermischte Nachrichten.** Ein recht trauriger Fall ereignete  
sich gestern, Sonntag, in Lötzen, Stollstraße 58. Dort wohnt  
eine Familie mit 4 Kindern im Alter von 1/2 bis 15 Jahren.  
Der Vater ist als Kaufmann meistens abwesend von Dresden  
und die Mutter mit den Kindern allein. So auch gestern. Die  
Frau zeigte schon seit längerer Zeit ein den Mitbewohnern des  
Hauses recht auffälliges Benehmen, das am Sonnabend in Tob-  
sucht ausartete. Nachdem die Wobischitzpolizei schon am Sonn-  
abend von dem Fall verständigt worden, traf sie erst Sonntag  
nachmittag (1) ein und brachte die Tobstichtige im Unfugwagen in  
eine Anstalt. Der Vater der bedauernswerten Kinder wurde  
durch Hausbesitzer telegraphisch von dem Vorfall verständigt.

**Aus der Umgebung.**  
Flauenischer Grund. Den Gewerkschafts- und Parteigenossen  
des Kartellbezirks Flauenischer Grund zur Kenntnis, daß am  
Sonntag den 7. Februar, vormittags, eine Arbeitslosen-  
abteilung vorgenommen wird, zu der zahlreicher Beteiligung not-  
wendig ist. Alles Nähere wird noch durch Inserate bekannt gegeben.

**Großburg.** Am Freitag fand hier die erste diesjährige  
Gemeinderatsabteilung statt. Unsere Genossen sind in sämtlichen  
Auswahlen, außer dem Einschlagsauswahl, vertreten, was zu  
einer lebhaften Debatte führte. Genosse Weichold erhielt fünf  
Stimmen, die Gegner dagegen acht und neun Stimmen. Der  
Antrag des Gewerkschaftsbezirks, eine Arbeitslosenabteilung vor-  
zunehmen, entfiel eine lebhafte Debatte. Herr Bergdirektor  
Eckert ist Gegner jeder Statistik und bekämpfte den Antrag scharf.  
Er glaubt er doch, daß die Statistiken nur zur Agitation verwendet  
würden. Er empfahl den Arbeitern, bei guten Zeiten — zu  
iparen. Genosse Weichold führte den Herrn mit seiner Spar-

theorie gehörig ab und betonte die sozialen Pflichten der Ge-  
meinde den Arbeitern gegenüber. Unsere Genossen betonten  
daß die Gemeinden den Gewerkschaften auch deshalb entgegen-  
kommen müßten, weil sie durch die Arbeitslosenunterstützung der  
Gemeinden die Armenlasten verringern. Man einigte sich auf  
folgenden einstimmigen Beschluß: Der Vorstand macht bekannt,  
daß am 7. Februar vom Gewerkschaftsbezirk eine Arbeitslosen-  
abteilung vorgenommen wird und die Einwohner den Betreibern  
bereitwillig entgegenkommen sollen. Das Material soll dem Be-  
meinderstand übermitteln werden.

**Altschloß.** Bekanntlich hatte der frühere Expedient Müller  
451 M. Gemeindegelder aus der ihm anvertrauten Kasse ver-  
schwendet. Bis zum heutigen Tage ist dieser Betrag noch nicht  
wieder gedeckt. In der Sitzung am Sonnabend beschloß der  
Gemeinderat, die unterliegenden 451 M. von der Kasse des  
Gemeindefiskus abzugeben, da Müller durch unangelegene  
Kontrolle des ihm unterstellten Kassierers an dessen Unterzeich-  
nung mit schuld ist. Gemeindevorstand Müller hat sich bereit er-  
klärt, ebenfalls einen Teil davon zu zahlen, da er ebenfalls mit schuld  
trägt. Bis zum 1. April 1909 müssen die 451 M. der Gemein-  
kasse wieder zugeführt sein. — Auf Ansuchen der Gemein-  
schaftsarbeiter um Erhöhung ihres Stundenlohnes schloß der  
Finanzauschuß vor, einen ganzen Pfennig pro Stunde zu zahlen.  
Von unseren Genossen wurde dieser Vorschlag als völlig ungenügend  
abgelehnt. Nach längerem Besprechen wurde einstimmig be-  
schlossen, den gegenwärtig 37 Pf. betragenden Stundenlohn um  
3 Pf. zu erhöhen. — Weiter wurde noch eine bestimmte Zeit fest-  
gesetzt, zu der der Gemeindevorstand für die Einkünfte zu sprechen  
ist, und zwar von 12 bis 1 Uhr (unbestimmt) und von 3 bis 5 Uhr  
bestimmt. — Die Einwohner werden gebeten, mit dem Verbrauch  
von Leitungswasser möglichst zu sparen, da durch die langanhaltende  
Kälte und Trockenheit möglicherweise Wassermangel droht.

**Dobritz.** Man schreibt uns zu der in letzter Nummer ge-  
brachten Notiz über den Gemeinderat folgendes: In der letzten  
Gemeinderatsabteilung stand unter anderem auch die Beratung des  
Haushaltsplanes 1909 auf der Tagesordnung. Bei Besprechung des  
Wahlrechtsaufwands, der in bezug für unsere Verhältnisse ein  
zu nennen ist, übte Herr Guhr an verschiedenen Stellen Kritik  
zwischen dem Vorsitzenden und Guhr besteht schon lange ein  
gekanntes Verhältnis. Durch diese Kritik entstand ein  
Streit, worüber der Vorsitzende in die Aufregung geriet (das  
sicherlich weil der frühere Gemeindevorstand als Führer angesehen  
war), daß er kurzhand die Sitzung für geschlossen erklärte, so-  
geblieb weil der Gemeinderat beleidigt worden sei. Hieraus  
klärten sämtliche Gemeinderatsmitglieder zu Protokoll, daß sie  
nicht beleidigt fühlen. Nach Vertagung des Protokolls ist  
weiter verhandelt worden, auf Vorschlag wenigstens in nächste  
Sitzung, wogegen unser Genosse Bauß energisch protestierte.  
Wir hatten die vorige Notiz der in Dresden erscheinenden  
Vorzeitung entnommen.

**Gerichtszettel.**  
**Schöffengericht.**  
Eine schlecht gekochte Geflügelbraten. Der 1898 in Frau  
Berene Müller Otto Bruno Hauschild genannt Kaufmann wurde in  
Oktober 1907 notwendig 36 M. Er wandte sich an seinen Anwalt,  
der in der glücklichen Lage war, Befreiung eines Sparfiskus von  
364 M. zu sein. Der Bruder gab 8. ein Sparfiskus und so  
parierte ihm, sich 86 M. auf der Neustädter Sparkasse zu leisten.  
Er konnte aber der Verurteilung nicht widerstehen, hat bei einem  
Betrag von 135 M. abzugeben. Bevor er das Geld seinem Bruder  
wiedergab, raderierte er und veränderte die Restsumme zu 136  
von 219 auf 819 M. Diese Fälschung kam erst heraus, als der  
Bruder Ende d. J. einen Betrag von seinem Sparfiskus abgeben  
wollte. Das Urteil lautet auf 4 Monate Gefängnis.

**Schöffengericht.**  
Um seiner Frau eine Weibschändelung zu machen, trug  
der Schmiel Union Franz in Konflikt mit dem Staatsprokurator  
Vater von vier Kindern, seine Frau war vor Weihnachten  
krank. Er hätte ihr so gern eine Freude gemacht, aber er war  
durch dieses Unglück in eine mißliche Lage geraten. Nach seiner  
Ueberwindung nahm er eine lange und ging nach der Provinz  
in Böhmen. In der Mitte des Jahres schickte er eine 50  
Kupferbraten im Werte von 45 Mark ab, den er dann bei einem  
für 15,68 Mark verkaufte. Freiwillig abgab er den Geld  
Frau. Das blüht 5. mit drei Wochen Gefängnis.

**Militärgericht.**  
Korruption in der Kaserne. Eigentümliche Straftat  
das militärische System war ein Betrugsschloß vor den  
Kriegsgericht. Angeklagt war der Soldat Ewert von der 4. Kom-  
panie des Gren.-Regts. Nr. 100 wegen Unterschlagung, Schleich-  
ablieferung, Verfertigung falscher Laufen, Verfertigung  
schwerer Urkundenfälschung; als Zeugen waren 88 Personen  
am 10. August 1908 hatte Ewert ein Kommando als Verwalter  
Verkaufsstelle des 1. Bataillons erhalten. Seiner Aufgabe  
lagen dort die Verhältnisse sehr im argen; sein Vorgänger  
ein Defizit von 100 M. hinterlassen und ihn dadurch auf die  
schlechte Bahn gedrängt haben. „Du brauchst von diesem Geld  
nichts zu machen; die Sache läßt sich „schieben“ und es spricht  
noch für dich was raus. Ich habe auch ein Defizit überlassen  
soll ihm sein Vorgänger gelast haben. Ein Defizit hielt ich für  
pflichtig, nichts zu machen und zu „schieben“! Er „schob“ auch  
gut und entnahm sogar täglich Beträge von 2 M. bis 20 M. für  
seinen Privatgebrauch der Kasse. Um das Defizit zu decken, bezog  
er an die Rekruten alles was erhöhten Preisen und verminderten  
Werten. Dann machte er falsche Eintragungen in die Bücher;  
Lieferungen trug er z. B. in erheblicher vermindertem Umfang  
Wenn eine Rekrut bedurft und es stimmte nicht alles, so  
er sich sogar zur Kompletierung seines Lageres Warenbestände  
einer anderen Verkaufsstelle. Weist hatte Ewert Kenntnis von  
Termin der Rekruten; sein Vorgänger, Sergeant Müller,  
ihm Hinweise gegeben haben, damit alles „Klappe“. Und es klappte  
eine ganze Zeitlang; Ewert „schob“ den Geldbetrag schließlich  
eine Höhe von über 800 M., führte aber im übrigen ein ge-  
dachtes Leben. An drei verschiedenen Nächten schloß er sich  
gar mit seiner „Braut“ in der Verkaufsstelle ein, nahm aus  
Lieferanten Geschenke in Naturalien an und ließ sich einmal  
Verkauf des dritten Bataillons 10 M. für eine Gefängnis-  
Ewert hatte dort ausstillweise bei der Inventur mitgeführt  
einen Ueberzettel von 30 M. erzielen lassen. Auch die  
Eisenbrauerei hat er um 14 M. geschädigt, indem er auf den  
scheiden 150 Pfaffen als getrocknet bezeichnete. Am 7. Oktob  
land plötzlich eine Revision statt, wobei ein Betrag von 88 M.  
festgestellt wurde. Nun war's natürlich mit der Verkleinerung  
festen Ewert aus. Während der Verhandlung war er zum  
Teil geküßelt und bezeichnete sich als ein Opfer des Schicksals  
mache lebendig für andere den August“ erklärte der Angeklagte  
meinte, daß auch seine Kollegen unerlaubte Manipulationen  
trieb hätten. Als unterliegenden und verurteilten Objekt  
er nur 180 M. zu Ewert beantragte, daß die höchsten  
immer sehr oberflächlich gewesen seien, der Vorzug  
die Endsumme angelesen. Unter weitestgehender Annahme  
der Umstände verurteilte man den Angeklagten zu 6 Monaten  
Gefängnis und Verweisung in die zweite Soldatenklasse. Der  
hof hatte als verurteiltes Objekt nur die von Ewert  
Summe von 150 M. angenommen, da in Betracht der  
Verhältnisse kein hares Bild zu schaffen war. Während  
stände hatte man ihm angeblich, weil nach Ansicht des  
Angeklagte nicht der erste und einzige war, der Unter-



# Arbeiter-Jugend

Nr. 1

Erscheint alle 14 Tage.  
Preis der Einzel-Nummer 10 Pfennig.  
Abonnement vierteljährlich 36 Pfennig.  
Eingetragen in die Post-Zeitungsliste.

Berlin, 30. Januar

Expedition: Buchhandlung Gewandhaus  
Eisenstraße 86, für Zuschriften für die  
Redaktion hat zu richten an Karl Roca,  
Eisenstraße 86, Berlin S.W. 62

1909

## An die arbeitende Jugend!

Bekanntlich haben die leitenden Körperschaften des organisierten deutschen Proletariats, die im vorigen Jahre tagten, der Gewerkschaftskonferenz in Hamburg wie der Sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg, einmütig und in nahezu wortwörtlicher Uebereinstimmung ihrer Beschlüsse die hinter ihnen stehende deutsche Arbeiterschaft darauf verpflichtet, die Erziehung der proletarischen Jugend, ihrer Jugend und Zukunftshoffnung, energisch in die Hand zu nehmen. Mannigfach, aber einleuchtend, so zwingend in jedem einzelnen Beweggrund, sind die Ursachen, die diese feierliche Willenskundgebung der Arbeiterparlamente herbeigeführt haben. Da steht zu oberst die rein menschliche Aufgabe, daß es für die Arbeiterschaft gilt, die Pflichten zu erfüllen, die der Allgemeinheit gegenüber der heranwachsenden Generation obliegen, die aber der Klassenstaat an der Jugend des arbeitenden Volkes schmäblich vernachlässigt.

Wie für die herrschende Klasse der Arbeiter bloß als Ausbeutungsmaterial in Betracht kommt, so geht die Bildung, die die Erziehungseinrichtungen dieser Klasse der Jugend des arbeitenden Volkes vermitteln, in erster Linie darauf aus, diese jungen Menschen zu künftigen Lohnarbeitern heranzuzüchten, die sich in die Ausbeutungs- und Unterdrückungsordnung des Klassenstaates willig einfügen. Der zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde erwachten Arbeiterklasse erhebt so die heilige Pflicht, ihr Fleisch und Blut wenigstens geistig und moralisch aus der Weltanschauung der Lohnsklaverei zu erretten, und sie unterzieht sich dieser Pflicht, indem sie die alte Erkenntnis, daß dem Proletariat aus seiner Not kein Gott hilft, erweitert zu der neuen Aufgabe, daß auch die Erziehung der Arbeiterjugend bloß das Werk der Arbeiterklasse selber sein kann.

Aber es gilt nicht nur, das Menschentum im jungen Arbeiter zu retten: für die erwachsene Arbeiterschaft ist es geradezu eine Frage ihrer Klassenexistenz, die, die hinter ihr kommen, die ihre Nachfolger in ihren Idealen und in ihren Kämpfen sein werden, für die eigentliche Kulturmission des Proletariats zu schulen, sie einzuzerzieren für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Die Arbeiterjugend von heute ist das klassenkämpfende Proletariat von morgen, sie braucht für diesen Kampf ganz bestimmte Eigenschaften des Geistes und des Charakters, Grundzüge und Kenntnisse, die ihr bloß eine proletarische Erziehung verschaffen kann.

Das Bedürfnis solcher Erziehung und Weiterbildung wird neuerdings in den Reihen der jugendlichen Arbeiterschaft selber aufs lebhafteste empfunden, und es ist die schönste Anerkennung dieses Vorwärtstrebens, das unsere proletarische Jungmannschaft besetzt, wenn jetzt die berufenen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Einrichtungen zur wirksamen Förderung dieser für die Zukunft des Proletariats äußerst verheißungsvollen Anfänge in die Wege leiten.

Eines der Mittel, die diesem Zwecke dienen, ist das von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands ins Leben gerufene Jugendorgan, dessen erste Nummer heute ins Land geht. Die herrschende Klasse hat durch ihr neuestes Vereinsgesetz der arbeitenden Jugend das Recht abgesprochen, die politischen Versammlungen der Erwachsenen zu besuchen oder in ihren eigenen Vereinen sich politisch zu betätigen. Die Jugend des Proletariats ist in den Entwicklungsjahren, in denen Geist

und Körper einer ganz besonders sorgfältigen Pflege bedürfen, nach „Gesetz und Recht“ dem Kapital zur nahezu schrankenlosen Ausbeutung überliefert, aber es ist ihr bei schwerer Strafe untersagt, sich untereinander über die Mittel und Wege zu verständigen, wohl gemerkt: die gesetzlich zulässigen Mittel und Wege, wie sie sich gegen die Gefahren, die ihrem körperlichen und geistigen Wohle gleichermaßen drohen, zur Wehr setzen kann.

Aber wieder einmal hat sich der Klassenstaat und seine Gesetzgebungsmaschinerie als ein Teil jener Kraft erwiesen, die stets das Böse will, doch — ihr selbst zum Spottel — stets das Gute zu schaffen verdammt ist.

Freunde, Kameraden! Man hat Euch das Wort, das not tut, verboten, aber man vermochte nur das gesprochene Wort zu ähnen, das, ein flüchtiger Hauch, mit dem Atemzug flieht, der es gebiert. Das Wort, welches bleibt, das Wort, das in Blei gegossen ist und auf Tausenden von Blättern in die Weite geht und Seelen wirbt, dieses Wort können sie mit all ihren Gesetzesparagrafen und Polizeivorschriften so wenig knebeln, wie den Geist, der hinter dem Worte steht.

Freunde, Kameraden! Ihr dürft nicht reden und dürft nicht klagen, aber Ihr dürft denken, dürft lesen, Euch unterrichten — dürft es nicht bloß: es ist Euer Lebensinteresse, diese Zeit des gezwungenen Schweigens bis zur letzten Minute auszunützen, auf daß Ihr, wenn Eure Stunde gekommen ist, mit ganz anderem Nachdruck redet, anklagt, mit einer ganz anderen Energie zu handeln vermögt, als heute, wo man Euch gleich unmündigen Kindern den Mund verbietet.

Dieser Eurer Vorbereitung zu den Kämpfen, die Euch, die Jugend des geknechteten Proletariats, erwarten, ist die „Arbeiter-Jugend“ gewidmet. Sie trägt Euren Namen und sie ist Euer Blatt. Die „Arbeiter-Jugend“ will Euch behilflich sein, die klaffenden Räden, die die Erziehungseinrichtungen des Klassenstaats in Eurer Bildung offen lassen, auszufüllen; sie will Euch weiterhin helfen, von dem dürftigen Wissen, das Euch die Volksschule vermittelt hat, den Uebergang und den Anschluß zu finden zu der Kulturarbeit, die dem klassenbewußten Proletariat in der modernen Gesellschaftsordnung gestellt ist. Das Jugendorgan wird Euch deshalb nicht wahllos jegliche Bildung, allen möglichen Wissensstoff vorsetzen, sondern es wird stets eingedenk sein, daß es zu jungen Proletariern spricht, denen eine ganz bestimmte Erziehung not tut, wenn sie dereinst als tüchtige, in Geist und Charakter für den Klassenkampf gut vorbereitete Mitstreiter in die Reihen ihrer erwachsenen Klassengenossen eintreten sollen.

Nicht frühzeitig genug kann der jugendliche Arbeiter darüber unterrichtet werden, wo seine Klasse im verwirrenden Getriebe des modernen Gesellschaftsorganismus wirtschaftlich heute steht, und welche Stellung ihr gemäß der Aufgabe, die sie in der Gesellschaft zu erfüllen hat, gebührt. Diese Aufklärung über die gegenwärtige Lage des Proletariats sowohl wie über den Weg, der in die Zukunft führt, setzt voraus, daß der jugendliche Leser auch unterrichtet wird über die Herkunft seiner Klasse, Nationalökonomie, Geschichte, besonders Wirtschafts- und Kulturgeschichte, werden darum die Wissensgebiete sein, die das Jugendorgan vor allem zu pflegen hat. Aber der junge Proletarier ist nicht nur Arbeiter, sondern

## Arbeiter!

Sorgt für die weiteste Verbreitung der

## Arbeiter-Jugend.

Den Vertrieb hat W. Gerstenberg, Dürerstraße 86, 3. Etage, übernommen.

Um den Jugendlichen den Bezug zu erleichtern, haben wir den Bezugspreis auf 7 Pfennig pro Nummer festgesetzt. Der Betrag ist für jede Nummer sofort zu entrichten.

Der Jugendausschuß für Dresden.

## Bestell-Zettel der „Arbeiter-Jugend“

Bestelle hiermit die „Arbeiter-Jugend“

Name: .....

Beruf: .....

Alter: .....

Straße und Haus-Nr.: .....

Die ausgefüllten Zettel sind an die Vertrauensleute und Kassierer der Vereine der Gewerkschaften abzugeben oder direkt an W. Gerstenberg, Dürerstraße 86, Dresden zu senden.

W. Gerstenberg & Co. Verlag

Die in diesem Zettel enthaltenen Angaben sind ohne Gewähr zu verstehen. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben. Die in diesem Zettel enthaltenen Angaben sind ohne Gewähr zu verstehen. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben.



Stromwerk in Ostpreußen, welche teilweise durch die Erzeugung von Wasserkraften zu einer beträchtlichen Menge Strom erzeugt wird. Die Stromerzeugung ist durch die Erzeugung von Wasserkraften zu einer beträchtlichen Menge Strom erzeugt wird. Die Stromerzeugung ist durch die Erzeugung von Wasserkraften zu einer beträchtlichen Menge Strom erzeugt wird.

### Wichtiges

Ein Streit um die Befreiung des ...

### kleine Mitteilungen

In einer Sitzung am ...

## Dresdner Kalender

**Heute, Donnerstag den 2. Februar, Oberstadt**  
Abend: 7 Uhr. — Schauspielhaus (Theater): Die Fledermaus.  
Abend: 7 Uhr. — Schauspielhaus (Theater): Die Fledermaus.  
Abend: 7 Uhr. — Schauspielhaus (Theater): Die Fledermaus.

**Wochenplan der Königl. Volkshaltung, Opernhaus**  
Montag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Dienstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Mittwoch: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Donnerstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Freitag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Samstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Sonntag: Die Fledermaus (7 Uhr).

**Mitteilungen aus dem Bureau der Reg. Hof-Druckerei**  
Montag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Dienstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Mittwoch: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Donnerstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Freitag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Samstag: Die Fledermaus (7 Uhr).  
Sonntag: Die Fledermaus (7 Uhr).

### Das Petroleum und seine Verwertung als Leuchtmittel.

Das Erdöl oder Petroleum war schon den alten Ägyptern, Griechen und Römern bekannt. Es wurde damals als Leuchtmittel verwendet. Heute wird es hauptsächlich als Brennstoff für Motoren und Maschinen verwendet.

Das Erdöl wird in verschiedenen Lagerstätten gefunden. Die bekanntesten sind die Erdölfelder in Saudi-Arabien, Russland und den Vereinigten Staaten.

Die Gewinnung von Erdöl erfolgt durch Bohrung in die Lagerstätten. Das gewonnene Erdöl wird dann durch Fraktionierung in verschiedene Produkte aufgetrennt.

Die Verwertung von Erdöl als Leuchtmittel erfolgt durch die Herstellung von Petroleumlampen. Diese Lampen werden durch das Erdöl beheizt und geben Licht ab.

Die Verwendung von Erdöl als Leuchtmittel hat sich im Laufe der Zeit verändert. Heute werden Petroleumlampen hauptsächlich in abgelegenen Gebieten verwendet.

und streifen Organismen bei Mangel der Luft durch einen Sauerstoffmangel. Man kann sich vorstellen, dass man in der Erde versteinerte Leuchtorgane finden kann. Diese Leuchtorgane sind heute noch in der Erde zu finden. Sie sind heute noch in der Erde zu finden.

Die Gewinnung von Erdöl erfolgt durch Bohrung in die Lagerstätten. Das gewonnene Erdöl wird dann durch Fraktionierung in verschiedene Produkte aufgetrennt.

Die Verwertung von Erdöl als Leuchtmittel erfolgt durch die Herstellung von Petroleumlampen. Diese Lampen werden durch das Erdöl beheizt und geben Licht ab.

Die Verwendung von Erdöl als Leuchtmittel hat sich im Laufe der Zeit verändert. Heute werden Petroleumlampen hauptsächlich in abgelegenen Gebieten verwendet.

